

Auf den Spuren eines Zara-Hoodies



Public Eye



Timo Kollbrunner

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Mit langem Atem

Es ist ziemlich genau ein halbes Jahr her, dass wir uns mit einer scheinbar simplen Frage an den Kundendienst von Zara gewandt haben: Wir hatten einen Pullover gekauft und wollten erfahren, wo und unter welchen Bedingungen dieses Kleidungsstück produziert worden ist. Es stellte sich als äusserst harziges Unterfangen heraus. Monate vergingen, bis wir uns schliesslich im türkischen Izmir auf Spurensuche begeben konnten.

In der Titelgeschichte dieses Magazins erfahren Sie, was wir dort herausfanden – und wieso es Zaras Mutterkonzern Inditex wohl lieber ist, wenn man nicht allzu genau hinschaut. Denn wie nachhaltig und verantwortungsbewusst sich das Unternehmen auch geben mag; unsere Recherche vor Ort und die detaillierte Schätzung, die wir zur Preisaufteilung in der Fertigung dieses Pullovers vorgenommen haben, zeigen: Die astronomischen Gewinne, die Inditex erzielt, sind nur möglich, wenn der Konzern die Kosten drückt – und die Folgen in Kauf nimmt, die das für die Menschen in der Produktion hat.

Es überrascht nicht, dass sich das Unternehmen zu unseren Kostenschätzungen nicht äussern wollte. Denn je weniger Inditex & Co über ihr Geschäftsmodell preisgeben, desto einfacher kommen sie darum herum, die systemischen Probleme in ihren Lieferketten wirklich anzugehen. Keine einzige der acht Modefirmen, von denen wir in unserer Kampagne Transparenz einforderten, hat uns einen konkreten Zeitpunkt genannt, bis wann alle Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrer Lieferkette einen Existenzlohn erhalten werden. Die geradezu kunstvoll gewundenen Formulierungen, mit denen sie sich vor klaren Aussagen drückten, sind für uns ein Ansporn, weiter dran zu bleiben.

Dass sich Beharrlichkeit lohnt, zeigt der Fall Gunvor: Zwei Jahre, nachdem wir in einer Sonderausgabe unseres Magazins die Machenschaften des Genfer Ölhändlers in der Republik Kongo aufgedeckt haben, ist dieser zur Bezahlung von 94 Millionen Franken verurteilt worden. Gunvor hat die Strafe akzeptiert – und beteuert, dass diese Praktiken der Vergangenheit angehören. Tatsächlich? Egal, ob es um lusche Öldeals mit korrupten Regimes oder Fast Fashion auf Kosten von Fabrikarbeiterinnen geht: Wir werden weiterhin ganz genau hinschauen, ob die wohlklingenden Verlautbarungen aus den Konzernbüros einem Realitätscheck standhalten.

PUBLIC EYE – MAGAZIN Nr. 20 November 2019

VERANTWORTLICH
Timo Kollbrunner –
Redaktion (D) & Produktion

Raphaël de Riedmatten –
Produktion & Redaktion (F)

LAYOUT
opak.cc

TITELBILD
Timmy Memeti

DRUCK
Vogt-Schild Druck AG
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE
D: 26 000 Ex. / F: 10 000 Ex.

KONTAKT
Public Eye,
Dienersstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
ISSN 2504-1266

POSTKONTO
80-8885-4
Das Public Eye Magazin
erscheint sechs Mal pro Jahr in
Deutsch und Französisch.
Mitgliedschaft inklusiv
Abonnement 75 Franken pro Jahr.



Für mehr Transparenz in der Modeindustrie

«Ausbeutung passt mir nicht!» Seit September haben wir unter diesem Slogan mehr Transparenz zu Löhnen in der Textilindustrie eingefordert. Doch die Marken mauern. Deshalb haben wir selbst recherchiert und versucht, so viel wie möglich zu einem ganz bestimmten Produkt des Modegiganten Zara herauszufinden.



Die Reportage

Wer herausfinden will, unter welchen Bedingungen ein bestimmter Pullover von Zara hergestellt wurde, braucht einen langen Atem. Wir haben nicht locker gelassen.

► S. 4

Die Berechnung

Weil Zara keine Informationen zu Einkaufspreisen und Löhnen preisgibt, haben wir selbst eine detaillierte Kostenschätzung vorgenommen, wie sich der Preis des Pullovers zusammensetzt.

► S. 11

Die Massenaktion

Wir haben acht Modefirmen Tausende Anfragen von Kundinnen und Kunden weitergeleitet, die Informationen über die Löhne in der Herstellung verlangten. Die Reaktionen der Firmen: enttäuschend.

► S. 16

Zudem in diesem Heft

Trafigura im Südsudan

Der Genfer Rohstoffhändler Trafigura hat dem kriegszerrütteten Südsudan Vorschüsse von Dutzenden Millionen US-Dollar für Erdöl bezahlt. Ein Teil des Geldes landete auf dem Konto eines Mittelsmannes, dem vorgeworfen wird, beiden Kriegsparteien im grossen Stil Waffen verkauft zu haben.

► S. 18

Gunvor im Kongo

Zwei Jahre nach unseren Enthüllungen zu den Abenteuern von Gunvor im Kongo ist der Genfer Ölhändler im Zusammenhang mit diesen Deals zur Zahlung von 94 Millionen Franken verurteilt worden. Zur Einsicht gebracht hat ihn das nicht.

► S. 24

Die Credit Suisse in Mosambik

Neu publik gewordene Dokumente zeigen, dass der Zürcher Hauptsitz der Credit Suisse tiefer in die Kreditaffäre in Mosambik verstrickt war als bislang bekannt. Wird nun die Bundesanwaltschaft aktiv?

► S. 26

Was «Respekt» für Zara bedeutet



Zaras Mutterkonzern Inditex stellt sich als äusserst transparent dar – und behauptet, die Interessen der Menschen, die seine Kleider herstellen, hätten für ihn oberste Priorität. Stimmt das? Wir haben uns auf die Spur eines Kapuzenpullovers gemacht – und liessen nicht locker, bis wir die türkischen Fabriken gefunden hatten, in denen er hergestellt wurde. Unsere Erkenntnis: Selbst bei Zaras «Join Life»-Linie, die besonders nachhaltig sein soll, ist der Preisdruck auf die Produzenten so immens, dass schlussendlich jene am teuersten für den Gewinn von Inditex bezahlen, die diesen erst möglich machen: die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken.

Einemilliardefünfhundertsiebenundneunzigmillionen-zweihundertsechzigtausendvierhundertfünfundneunzig Kleidungsstücke hat Inditex gemäss eigenen Angaben im Jahr 2018 verkauft. Zara, die mit Abstand wichtigste Marke des Konzerns, ist eine gut geölte Maschine: Zweimal wöchentlich werden die Läden beliefert, monatlich wechselt das Sortiment, wer nicht im richtigen Moment im Laden ist oder online geht, verpasst den neuesten Trend. Im vergangenen Jahr war die Marke Zara für über 70 Prozent der Inditex-Verkäufe verantwortlich, die sich gesamthaft auf 26 Milliarden Euro beliefen. Der Reingewinn von Inditex im Jahr 2018: knapp dreieinhalb Milliarden Euro – mehr als irgendein anderer Modekonzern erwirtschaftet hat. Nicht, dass Inditex-Gründer und Haupteigentümer Amancio Ortega dieses Geld dringend nötig hätte: Mit einem Vermögen von über 69 Milliarden Schweizer Franken ist er gemäss dem Wirtschaftsmagazin Forbes derzeit der sechstreichste Mensch der Welt.

Angesichts der nicht exorbitant hohen Ladenpreise von Zara-Kleidern einerseits und des massiven Gewinns des Mutterkonzerns andererseits stellt sich zwangsläufig die Frage: Was bleibt für die Menschen übrig, die diese Kleider herstellen? Das wollen wir herausfinden. Als erstes werfen wir einen Blick in den neuesten Jahresbericht von Inditex. «Qualität, Rückverfolgbarkeit und Nachhaltigkeit sind die Schlüsselbegriffe unseres Modells», postuliert Pablo Isla, der Vorstandsvorsitzende, auf der sechsten von insgesamt 434 Seiten dieses imposanten Werks. «Wir sind fest davon überzeugt, dass unser Modell nur dann funktioniert, wenn es nachhaltig ist», schreibt er weiter. Deshalb stelle man die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Lieferkette «in den Mittelpunkt, um Initiativen für sozialen Fortschritt zu fördern». Das Kapitel «Workers at the Centre» alleine nimmt im Jahresbericht 32 Seiten ein. Die Worte «transparent» und «Transparenz» tauchen in diesem umfassenden Werk zusammen insgesamt 71 Mal auf.

«Respect» – was heisst das?

Wir entschliessen uns, die Probe aufs Exempel zu machen: Wir wollen ein klassisches Kleidungsstück erwerben und dann so viel wie möglich darüber herausfinden, wo und unter welchen Bedingungen dieses hergestellt wurde. Wir entscheiden uns für einen schwarzen Damen-Kapuzenpullover, der uns vom Slogan her ganz passend scheint: R-E-S-P-E-C-T steht in Grossbuchstaben darauf geschrieben – der Titel des Songs, der durch die US-amerikanische Soulikone Aretha Franklin im Jahr 1967 Weltruhm erlangte. Darunter steht ein Satz aus dem Refrain des Lieds: «Find out what it means to me». Genau das wollen wir tun: Herausfinden, was es für die Menschen in der Wertschöpfungskette bedeutet, diesen Pullover herzustellen. Werden ihre Rechte respektiert?

Der Hoodie gehört zu Zaras «Join Life»-Linie, der Vorzeigelinie von Inditex in Sachen Nachhaltigkeit. Diese Produkte werden gemäss dem Unternehmen «mit den nachhaltigsten Rohstoffen und/oder durch besonders effiziente Produktionstechnologie» hergestellt, und zwar von Fabriken, die sowohl in Audits zu den Sozialstandards wie bei Umweltassessments mit den Bestnoten A oder B abgeschlossen haben – also entweder in voller Übereinstimmung mit dem Inditex-Verhaltenskodex für Hersteller und Zulieferer wirtschaften oder höchstens gewisse «minor aspects», also «Nebensächlichkeiten», missachten.

Ringens mit dem Kundendienst

Anfang Mai bestellen wir den Hoodie im Schweizer Onlineshop von Zara, für 45 Franken und 90 Rappen. «Made in Turkey, 84 % Baumwolle, 16 % Polyester» lesen wir auf der Etikette. Dass der Pullover in der Türkei hergestellt wurde, überrascht uns nicht. Das Erfolgsmodell von Zara beruht ganz wesentlich darauf, rascher auf Trends reagieren zu können als die Konkurrenz. Zara schafft es, ein Kleidungsstück innert drei bis vier Wochen vom Computer einer Designerin oder eines Designers in die Läden zu bringen. Das ist nur möglich, wenn nicht allzu weit entfernt von der Verteilungszentrale im spanischen Saragossa und den wichtigen europäischen Absatzmärkten produziert wird. Gemäss Inditex stehen über die Hälfte der insgesamt 7235 Zulieferfirmen des Konzerns in Spanien, Portugal, Marokko oder der Türkei.

Anfang Mai bestellen wir den Hoodie im Schweizer Onlineshop von Zara, für 45 Franken und 90 Rappen. «Made in Turkey, 84 % Baumwolle, 16 % Polyester» lesen wir auf der Etikette.

In der Türkei allein arbeitet über eine Viertelmillion Menschen in Betrieben, die für Inditex herstellen.

Wir schreiben eine Mail an den Kundendienst von Zara. Immerhin behauptet der Konzern Inditex in seinem Jahresbericht, er gebe – wann immer er danach gefragt werde – Auskunft «über die Herkunft unserer Artikel sowie über die Bedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die in deren Produktion involviert sind». Am 18. Mai schreiben wir also, wir würden gerne wissen, in welcher Fabrik dieser Pullover genau hergestellt wurde, was man uns zu den dortigen Arbeitsbedingungen sagen könne, woher die Baumwolle komme und was es genau bedeute, dass diese «organisch angebaut» worden sei? Die Anfrage sei an die zuständige Stelle weitergeleitet worden, teilt man uns gleichen-

tags mit. Zehn Tage später fragen wir freundlich nach. Das Anliegen werde derzeit «von der zuständigen Abteilung bearbeitet und überprüft», heisst es. «Kommt da noch was?», fragen wir nochmals neun Tage später. Es kommt nichts. Sechs Wochen nach unserer ersten Anfrage schreibt uns der Kundendienst, er warte weiterhin auf eine Rückmeldung, und nochmals zwei Wochen später: «Wir werden Ihre Anfrage in der entsprechenden Fachabteilung prüfen.»

Erste Infos nach zehn Wochen

So wäre das wohl noch eine Zeit lang weitergegangen, hätte sich nicht Ende Juli das französische Recherchebüro Le Basic ebenfalls an den Zara-Kundendienst gewandt. Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen der internationalen Clean Clothes Campaign, dem Collectif Éthique sur l'étiquette aus Frankreich und der niederländischen Schone Kleren Campagne, hatten wir Le Basic beauftragt, eine Modellrechnung der Preisstruktur dieses Pullovers zu erarbeiten (siehe Seite 11). So erhält Zara nun aus Paris fast die gleichen Fragen wie aus Zürich, zu genau dem gleichen Produkt. Und siehe da: Am 30. Juli kommt bei Le Basic und bei uns innert weniger Minuten die wortwörtlich gleiche Antwort rein, in zwei verschiedenen Sprachen. Der Inhalt ist dürftig: Die Baumwolle sei zu hundert Prozent biologisch hergestellt, der Baumwollfaden stamme aus der Türkei und sei nach dem Global Organic Textile Standard (GOTS) zertifiziert, schreibt Zara. Zu den Fabriken, den Arbeitsbedingungen – dazu schweigt der Konzern weiterhin.

Zeit, sich mit einer Reihe ganz konkreter Fragen an den «Chief Sustainability Officer» oder kurz CSO von Inditex zu wenden, den Mann also, der dort für Nachhaltigkeit verantwortlich ist. Kommt die Baumwolle ursprünglich aus der Türkei? In welcher Fabrik wurde der Faden gesponnen, der Stoff gestrickt, der Pullover genäht? Was verdienen die Arbeiterinnen und Arbeiter dort? Und welchen Preis hat Zara dem Zulieferer für das Kleidungsstück ab Fabrik bezahlt?

«So sorry»

Mitte August, nach erneuter Nachfrage, erreicht uns schliesslich tatsächlich ein Lebenszeichen vom Inditex-Nachhaltigkeitschef. Er sei «so sorry», dass er nicht früher geantwortet habe, schreibt er. Er werde umgehend intern abklären, was da schiefgelaufen sei, denn es sei «total unüblich», dass solche Anfragen nicht beantwortet würden. Er werde uns die verlangten Informationen so rasch wie möglich liefern. Jaja, denken wir uns, und erwarten nichts. Eine Woche später die Überraschung: In einem Mail teilt uns der CSO tatsächlich die Namen der Unternehmen mit, die die Baumwolle (in Indien) entkernt und (in der Türkei) zu Faden verarbeitet haben. Auch die Namen der drei Fabriken, die den

Stoff gewoben, die Teile für den Pullover zugeschnitten und zusammengenäht und diesen schliesslich mit «Respect» bedruckt haben, nennt er uns – wenn auch ohne anzugeben, wo in der Türkei diese stehen.

Bedenkt man, dass sich Inditex im Gegensatz zu Konkurrenten wie H&M, C&A oder Nike bis heute standhaft weigert, eine Liste seiner Zulieferbetriebe zu veröffentlichen, kommt dieses Mail geradezu einer Transparenzoffensive gleich. Klar, bei den Fragen, die etwas schmerzen könnten, wird der CSO dann doch flugs wieder höchst unkonkret. Darauf etwa, wie hoch die Löhne seien, die in der Produktionskette bezahlt würden. Alle in die Produktion involvierten Firmen würden von Inditex regelmässig überprüft, schreibt er lediglich, keine habe sich bei der Bezahlung der Löhne etwas zu Schulden kommen lassen. Und auf die Frage nach dem Preis, den Zara für diesen Pullover bezahlt habe, wird er noch allgemeiner: Dieser reiche aus, «um alle Schritte in der Produktion abzudecken, vom Rohmaterial bis zur Endfertigung». Nur, zu welchen Bedingungen? Das wollen wir vor Ort herausfinden. Auf unsere Bitte, uns

Der Preis reiche aus, «um alle Schritte in der Produktion abzudecken», schreibt Inditex. Nur, zu welchen Bedingungen? Das wollen wir vor Ort herausfinden. Also ab in die Türkei.

die exakten Adressen der Produktionsfirmen anzugeben, reagiert der Nachhaltigkeitschef nicht mehr. Unsere Nachforschungen zeigen, dass sich alle drei Fabriken, die an der eigentlichen Produktion des Hoodies beteiligt waren – von der Stoffherstellung übers Zuschneiden und Nähen bis zum Druck – ziemlich sicher in der westtürkischen Hafenstadt Izmir befinden. Also ab in die Türkei.

Der mächtige Zwischenhändler

Drei Tage lang sind wir in der drittgrössten türkischen Stadt unterwegs. Wir finden heraus: Der Kapuzenpullover wurde tatsächlich in den drei Fabriken, die Inditex angegeben hat, hergestellt. Aber es gibt noch eine weitere Firma, die eine höchst zentrale Rolle spielt – und die Inditex uns gegenüber nicht erwähnt hat. Sie heisst Spot Tekstil und hat ihren Sitz in einem von schwarzen Gittern umzäunten, weissen Prachtbau mit blau verspiegelten Fenstern in der «Industriezone Atatürk» im Nordwesten des Stadtzentrums. Ihr Besitzer ist ein mächtiger Mann: Unter anderem ist er Vorsitzender der Exportvereinigung «Aegean Textile and Raw Materials Exporters Association». Seine Firma gibt sich in ihrem Internetauftritt als Produzentin von Kleidungsstücken aus, doch



in diesem Fall stellt sie selbst gar nichts her. Vielmehr fungiert sie als Agentur für Inditex und vergibt ihrerseits Aufträge an einzelne Fabriken. Das Business der Firma, die 2011 in Barcelona ein Tochterunternehmen gegründet hat, scheint zu florieren: 2017 wies Spot Textil einen Umsatz von 66 Millionen Franken aus. «Die tragen selbst nichts zur Produktion bei, aber verdienen an jedem Kleidungsstück ein bis zwei Euro», beklagt sich ein Mitglied des Managements von einer der Herstellerfabriken. Es wären ein bis zwei Euro, die die Arbeitenden, die den Hoodie fertigen, bestens gebrauchen könnten.

Ein «aggressives Pricing»

Unsere Recherche vor Ort zeigt: Der Preisdruck, den Zara – auch über seinen Partner Spot – erzeugt, hat eine ganze Reihe von Konsequenzen auf jene, die gemäss dem Unternehmen «im Mittelpunkt» stehen sollten – die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken. Die Macht, den Preis drücken zu können, entsteht schon nur aufgrund des Volumens, das eine Modekette wie Inditex in Auftrag geben kann. Das erfahren wir bei der nächsten Station unserer Erkundungstour – beim Unternehmen, das laut Inditex den Stoff für unseren Hoodie gestrickt hat. Der pompöse Firmensitz liegt nur wenige Gehminuten vom Spot-Palast entfernt und sieht fast exakt gleich aus: verspiegelte Glasfassade, weiss getünchte Wände, gesichert mit einem hohen schwarzen Gitter.

Als wir mit unserem Kapuzenpullover in der Hand vorsehen, bitten uns zwei Männer aus der Marketingabteilung freundlich in einen Konferenzraum. Inditex und H&M, erzählen sie uns, seien ihre beiden grössten Auftraggeber. Die Aufträge der Modegiganten bewegten sich in der Regel zwischen einer und 200 Tonnen eines bestimmten Stoffs. Solche Volumina seien natürlich für seine Fabrik attraktiv, sagt uns einer der beiden Manager, «man muss die Maschinen am Laufen halten». Aber klar, diese Menge erlaube es Inditex auch, ein «aggressives Pricing» zu betreiben.

Firmen wie Inditex holten stets mehrere Offerten ein, in denen die Kostenanteile von jedem Bestandteil exakt aufgeschlüsselt seien – vom Kaufpreis des Stoffs über die Kosten fürs Färben bis zu jenen für Reissverschlüsse oder Knöpfe. Und dann bestimmten sie, wie viel Gewinnmarge sie für die einzelnen Schritte in der Produktion zu bezahlen bereit sind. Was wir zwischen den Zeilen heraushören: Nicht sie als Anbieter bestimmen den Preis, sondern die Abnehmer. Aber es gebe nichts, worüber sie sich beklagen könnten, betonen sie, «am Schluss müssen alle zufrieden sein. Und in der Regel sind alle zufrieden». Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter, die den Stoff stricken und färben? Es gebe grosse Konkurrenz hier, sagt einer der Manager, «wenn sie mit ihrem Lohn nicht zufrieden sind, können sie morgen woanders anfangen». Mit Arbeiterinnen oder Arbeitern des Betriebs sprechen können wir nicht. Es

sei schwierig, mit diesen in Kontakt zu treten, sagt uns ein hochrangiger Gewerkschafter aus Izmir.

Angst vor Auftragsentzug

Mit über sechshundert Mitarbeitenden, einer Strickkapazität von 900 Tonnen im Monat und einem Umsatz von über 50 Millionen Franken im Jahr 2014 ist der Stoffhersteller in Izmir selbst ein Schwergewicht. Im Notfall könnte er auf Aufträge von Inditex auch verzichten. «Wenn es sich für uns nicht rechnet, machen wir es nicht», sagt der Jüngere der beiden Manager selbstbewusst.

Ganz anders sieht das bei den beiden anderen Fabriken aus – jener, in der die Teile für den Pullover zugeschnitten und vernäht wurden und jener, in der er bedruckt wurde. Über deren Umsätze erfährt man in den einschlägigen Firmendatenbanken nichts, und sie verfügen über keine weiss getünchten Firmensitze. Es sind zwei einfache Fabriken, die eine ausgestattet mit Textildruck-, die andere mit Nähmaschinen. Beide suchen wir auf, sprechen mit Leuten, die sich mit den Verhältnissen bestens auskennen.

Das vorherrschende Gefühl scheint Angst davor zu sein, dass Inditex oder der Zwischenhändler Spot mit Sanktionen reagieren könnten – oder deren Aufträge gleich ganz ausbleiben würden.

Manche loben Inditex und Spot über den Klee. Andere klagen über die viel zu tiefen Preise, die diese bezahlen würden – um sich gleich darauf zu versichern, dass ihre Aussagen nicht direkt zitiert würden. Das vorherrschende Gefühl scheint Angst zu sein. Angst davor, dass Inditex oder der Zwischenhändler Spot mit Sanktionen reagieren könnten – oder deren Aufträge gleich ganz ausbleiben würden. Das wäre ein Desaster. In der Fabrik, in der der Stoff bedruckt wurde, bedienen die Arbeiter und Arbeiterinnen Maschinen, die Spot vorfinanziert habe, wie man uns erzählt. Kleider für Inditex machten über die Hälfte des Produktionsvolumens aus. Gar noch stärker scheint die Abhängigkeit der Fabrik zu sein, in der der Pullover zugeschnitten, genäht, mit dem Label versehen und verpackt wurde. Die Firma stelle praktisch nur Kleider für Inditex her, erfahren wir.

Massiver Kostendruck

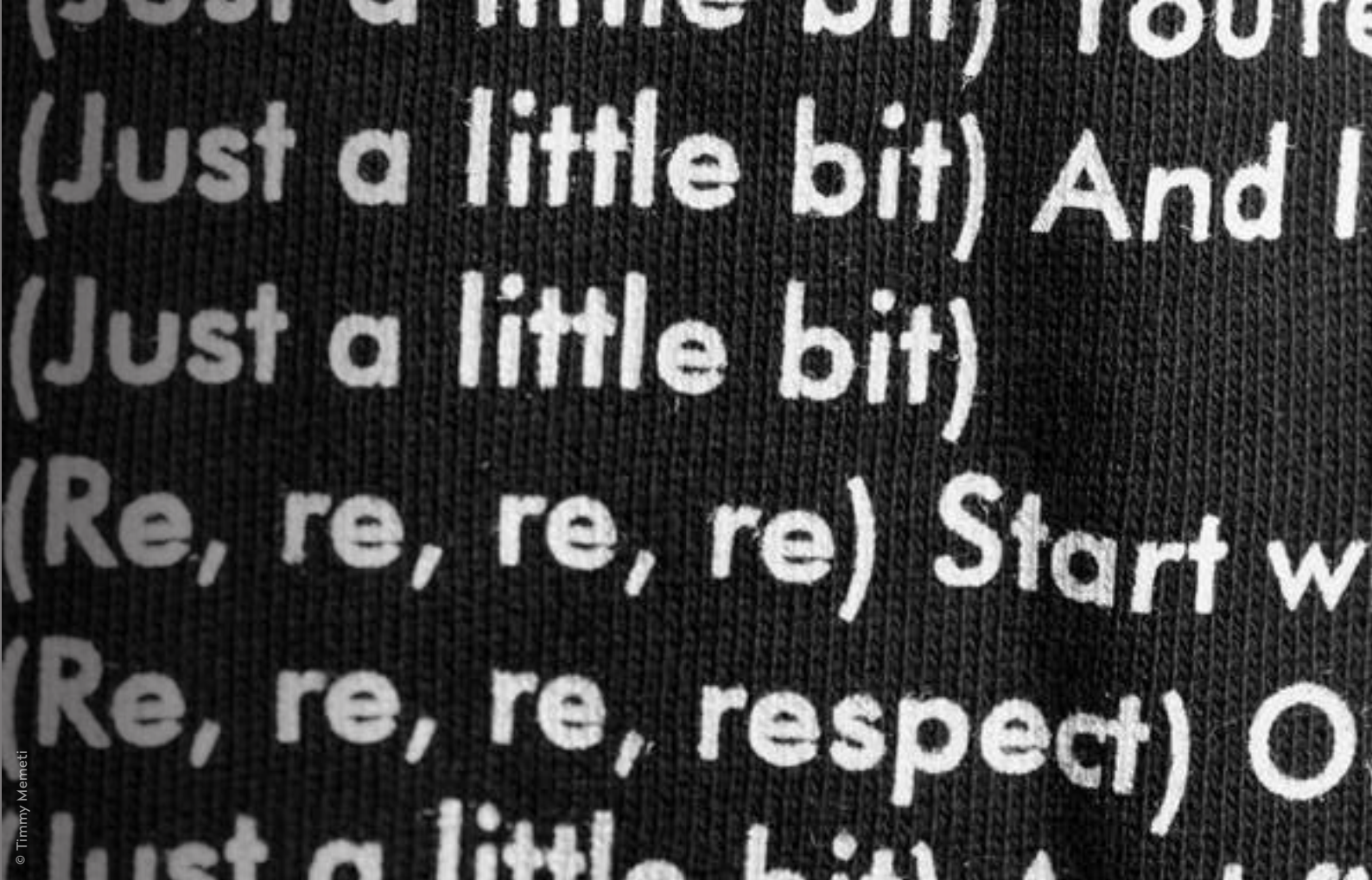
Diese Konstellation erschwert es uns, zu berichten, was wir über die Realitäten in diesen Fabriken erfahren haben. Denn auch die Option, Aussagen in anonymisierter Form zu zitieren, fällt in diesem Fall weg. Schliesslich war es der Konzern Inditex selbst, der uns die Namen der Zulieferer genannt hat. Das heisst: Sobald wir

davon erzählen, welche konkreten Kritikpunkte uns gegenüber genannt wurden, wüsste Inditex sofort, von wem diese stammen. Uns bleibt deshalb wenig anderes übrig, als in allgemeiner Form darüber zu berichten, was wir in den beiden Fabriken erfahren haben. In Bezug auf den massiven Kostendruck etwa. Gemäss unseren Informationen erhielt die Druckerei pro Druck offenbar keine zehn Rappen. Und die Fabrik, in der die gut 20 000 «Respect»-Pullover hergestellt wurden, bekam gerade einmal neun türkische Lira pro Stück. Das waren im Jahresmittel 2018 ein Franken und 77 Rappen.

Angesichts dieser Beträge mutet es fast zynisch an, was Inditex als einen weiteren Schwerpunkt in ihrem «Workers at the Centre»-Programm festgelegt hat: «Verantwortliche Einkaufspraktiken». Die Einkaufspreise hätten einen «direkten Einfluss auf die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter unserer Zulieferer», schreibt Inditex dazu auf seiner Homepage. Deshalb schule man seine Einkaufsteams darin, bei ihren Entscheidungen Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen – und damit dazu beizutragen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Lieferkette «einen existenzsichernden Lohn» erhalten könnten.

Wir konfrontieren Inditex mit diesen Erkenntnissen, fragen unter anderem wörtlich: «Wir haben von Insidern gehört, dass die Firma, die den Pullover zugeschnitten, genäht, gebügelt, verpackt und das Label angebracht hat, von Inditex (über Spot) um die neun türkische Lira erhalten hat. Können Sie diesen Betrag bestätigen?» Inditex bittet erst um eine Verlängerung der dreitägigen Frist zur Beantwortung der Fragen und antwortet schliesslich ausweichend: Sie bräuchten «mehr Informationen in Bezug auf diesen Vorwurf», da wir nicht angegeben hätten, «auf welchen der Arbeitsschritte (Zuschneiden, Nähen, Bügeln, Labelling/Verpackung) Sie sich beziehen».

Eine erstaunliche Antwort, in zweierlei Hinsicht: Erstens war es ja der Konzern selbst, der uns den Namen der Fabrik angegeben hatte, die all diese Prozesse durchführt. Ob man es sich bei Inditex schlicht nicht vorstellen kann, dass der Betrag für all diese Arbeitsschritte zusammen derart tief liegt? Und zweitens müsste der Konzern die Zahlungen an die Hersteller sowie die darin enthaltenen Lohnkosten sowieso im Detail kennen – zumindest wenn der Konzern die Prinzipien bezüglich Einkaufspraktiken tatsächlich umsetzt, die er in seiner Stellungnahme uns gegenüber hervorhebt. Er schreibt nämlich, dass er dem Einkaufsprinzip des «ring-fencing» folge – was bedeutet, dass bei den Preisverhandlungen ein gesicherter, unverhandelbarer Betrag für die Lohnkosten festgesetzt wird. Doch was Inditex in diesem Fall der Fabrik bezahlt hat und welcher Anteil davon Lohnkosten waren; entweder, das Unternehmen weiss es nicht – oder es will es uns



nicht sagen. Stattdessen beteuert Inditex, dass man die Art und Weise überwache, «wie unsere Einkaufsteams Praktiken implementieren, die sich positiv auf die Arbeitsbedingungen der in der Lieferkette beschäftigten Menschen auswirken». Schöne, wenig sagende Worte, die mit der Realität, der wir in Izmir begegnen, nicht vereinbar scheinen. Die Preise, welche die Besitzer der beiden Fabriken erhalten, lassen ihnen faktisch nämlich nur zwei Möglichkeiten, wenn sie auch selbst noch profitabel wirtschaften wollen: Entweder, sie bezahlen den Arbeitenden weniger, als diese verdienen müssten. Oder sie lassen sie länger arbeiten, als sie sollten – oder dürften. Für beides finden wir Hinweise.

Tieflohne und Tagesverträge

Die Monatslöhne für Fabrikarbeitende, von denen uns berichtet wird, bewegen sich zwischen 2000 und 2500 türkischen Lira – umgerechnet etwa 340 bis 420 Schweizer Franken. Das entspricht ungefähr dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns in der Türkei. Doch es ist gerade mal rund ein Drittel der 6130 Lira, die gemäss der Clean Clothes Campaign ein tatsächlicher Existenzlohn betragen müsste – ein Lohn also, von dem zwei Erwachsene und zwei Kinder in Würde leben können. In seinem Verhaltenskodex schreibt Inditex, Zubringerbetriebe müssten Löhne bezahlen, die «in jedem Fall ausreichen, um zumindest die Grundbedürfnisse der Arbeitnehmer und ihrer Familien sowie alle anderen

angemessenen zusätzlichen Bedürfnisse zu decken». Und der zweite Schwerpunkt im Programm «Workers at the Centre» lautet: «Durch Ermächtigung und Beteiligung der Arbeiter Existenzlöhne in der Industrie erzielen». Hinzu kommt, dass offenbar längst nicht alle Angestellten diese 2000 bis 2500 türkischen Lira erhalten. Von Leuten aus einer Fabrik erfahren wir, dass dort ein guter Teil der Belegschaft auf Tagesbasis angestellt sei; ohne jede Sicherheit, am nächsten Tag wieder Arbeit zu haben. Der Tageslohn hänge zudem davon ab, wie viel Stücke man geschafft habe, sagte man uns.

Inditex reagiert ausweichend. «Wir können bestätigen, dass Arbeiter in diesen Fabriken mehr als die Beträge verdienen, die Sie in Ihrer Mail erwähnen.» Nur, was heisst das, «Arbeiter»? Alle Arbeiterinnen und Arbeiter? Oder nur gewisse? Bezieht sich Inditex auf Bruttolöhne oder darauf, was die Näherinnen und Näher tatsächlich erhalten? Das bleibt unklar.

Verboten lange Nächte

Das zweite Hauptproblem: überlange Arbeitszeiten. In der einen Fabrik wird rund um die Uhr gearbeitet, wie man uns erzählt, und zwar in nur zwei Schichten: Die eine dauere von morgens um 08:30 bis um 19:00, die andere von 19:00 bis 08:30 Uhr, die Tagesschicht mit einer Pause am Mittag und einer am Nachmittag, die Nachtschicht mit einer um Mitternacht und einer gegen Morgen. Eine Nachtschicht von über zwölf

Stunden? Das wäre nicht nur ein Verstoss gegen den Inditex-Verhaltenskodex («Arbeitszeiten sind nicht übermässig», «Überzeit darf nicht regelmässig verlangt werden»), sondern auch illegal gemäss türkischem Arbeitsgesetz: Dieses besagt ganz klar, dass Nachtarbeit maximal siebeneinhalb Stunden betragen darf.

Inditex schreibt, ein Vierundzwanzigstundenbetrieb in nur zwei Schichten sei gemäss des Verhaltenskodex' «nicht akzeptierbar», und beteuert: «Sollten wir je Beweise für die von Ihnen beschriebenen Arbeitsmuster finden, würden wir unverzüglich einen Corrective Action Plan aufstellen.» Diese Pläne kommen dann zur Anwendung, wenn ein Verstoss gegen den Verhaltenskodex festgestellt wird. Gemäss dem Jahresbericht von Inditex wurden im vergangenen Jahr in der Türkei für 191 Fabriken Corrective Action Plans aufgestellt. Sind davon auch eine oder gar mehrere der Fabriken, die diesen Pullover hergestellt haben, betroffen? Und, falls ja, aufgrund welcher Verstösse gegen den Kodex? Diese Fragen beantwortet uns Inditex nicht. Der Konzern bestätigt lediglich, dass er in all diesen Firmen Audits durchgeführt habe.

Arethas Appell

Aretha Franklin hat 1967 nicht nur durch ihre musikalische Interpretation des ursprünglich vom Soulsänger

Otis Redding komponierten Songs dafür gesorgt, dass «Respect» zu einer Hymne der Frauenrechtsbewegung wurde. Sie schrieb – gemeinsam mit ihrer Schwester – auch den Liedtext um, damit dieser nicht mehr die Geschichte eines Mannes erzählte, der von seiner Frau Respekt (und Gefügigkeit) einfordert – sondern jene einer Frau, die selbstbewusst Respekt einfordert. Die Franklin-Schwestern fügten dem Refrain unter anderem ein Akronym bei, das man nun auch auf dem Rücken des Zara-Pullovers findet, auf dem der Liedtext abgedruckt ist. «TCB» lautet es, eine damals in afroamerikanischen Communities gängige Abkürzung für «Taking Care of Business», also in etwa «tun, was getan werden muss».

Führt man sich vor Augen, dass die Bedingungen in türkischen Fabriken kaum schlechter sein dürften als in Zaras Zulieferbetrieben etwa in Bangladesch, Indien oder Kambodscha, scheint es noch ein langer Weg dahin zu sein, dass sich der Konzern die auf seine Pullover gedruckten Worte, mit denen Aretha Franklin selbstbewusst Respekt einforderte, auch selbst zu Herzen nimmt. Dass er sich ernsthaft dafür interessiert, was es für die Menschen in seinen Lieferketten bedeutet, Zara-Kleider zu nähen. Und dass er sie respektiert; indem er seinen Zulieferern Preise bezahlt, die es möglich machen, dass deren Angestellte Löhne verdienen, die zum Leben reichen. ▀



Die ganze Rechnung des Kapuzenpullovers

Wie viel Respekt für faire Löhne steckt im «Respect»-Pullover von Zara? Weil Zaras Mutterkonzern Inditex weder Lohnniveaus noch Einkaufspreise offenlegt, haben wir selbst auf Grundlage Dutzender Quellen eine detaillierte Schätzung zur Preisaufteilung in der Fertigung des Pullovers angestellt. Die Quintessenz: Zara macht mit einem Pullover offenbar mehr Gewinn, als alle an der Produktion beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter zusammen daran verdienen. Doch es ginge auch anders.

DAVID HACHFELD

In einem Kleidungsstück steckt viel Arbeit. Doch wie wird diese entlohnt? Wie viel vom Verkaufspreis eines Kleidungsstücks landet tatsächlich bei den Arbeiterinnen und Arbeitern, und wie viel streichen die Firmen als Gewinn ein? Um das herauszufinden, haben wir nicht nur hartnäckig Informationen von Zara zum «Respect»-Kapuzenpullover eingefordert und uns im türkischen Izmir auf Spurensuche gemacht, sondern parallel dazu Dutzende Geschäftsberichte, Handelsdaten und weitere Quellen ausgewertet und Expertinnen und Experten befragt. Auf dieser Grundlage haben wir für alle Ebenen der Lieferkette eine detaillierte Schätzung vorgenommen, wie sich die Kosten für den «Respect»-Pullover aufteilen – und wer daran in etwa wie viel verdient. Wir, das sind in diesem Fall Public Eye, zusammen mit der Schöne Kleren Campagne und dem Collectif Éthique sur l'étiquette, unseren niederländischen und französischen Partnerorganisationen im Netzwerk der Clean Clothes Campaign, sowie das Pariser Recherchebüro Le Basic, dessen Team die Berechnung durchgeführt hat.

Ein Pullover, viele Preise

Inditex, der Mutterkonzern von Zara, ist bekannt für seine einzigartige, zentralisierte Lieferkette: Die Kleidungsstücke werden in der spanischen Unternehmenszentrale in A Coruña designt und bestellt, dann in ganz unterschiedlichen Ländern produziert und nach Spanien verschifft, gefahren oder geflogen, bevor sie von dort aus auf Filialen und Versandzentren für den Onlineverkauf verteilt werden. Die Verkaufspreise eines Produkts unterscheiden sich je nach Land jedoch erheblich. In Spanien betrug der Preis des von uns untersuchten Pullovers 25.95 Euro (oder umgerechnet 30.02 Schweizer Franken)¹, in Frankreich und Deutschland mit 29.95 Euro (34.65 Franken) etwas mehr, deutlich teurer wurde er in der Schweiz angeboten: für 45.90 Franken. Ab Juni rabattierte Zara den Preis dann um rund die Hälfte, am Ende wurden (wohl einzelne) Restexemplare in der Zürcher Filiale für gerade mal noch 12.95 Franken angeboten.

Die unterschiedlichen Preisniveaus lassen sich nicht allein auf die zwischen den Ländern variierenden Detail- und Onlinehandelskosten und Mehrwertsteuersätze zurückführen. Vielmehr scheinen sich die Preise an den Preiserwartungen und der Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten zu orientieren. Während Zara

in Spanien als Mainstream eher günstig vermarktet wird, wird die Marke in der Schweiz als etwas glamourösere Marke im preislichen Mittelfeld positioniert. Für unsere Berechnung haben wir die verschiedenen Preis- und Rabattniveaus berücksichtigt und die Mehrwertsteuern herausgerechnet. In der Mischkalkulation dürften Hochpreismärkte wie die Schweiz eine eher geringe Rolle spielen, weitaus mehr Umsatz macht Zara im Heimatmarkt Spanien sowie in den grossen EU-Ländern. Vor diesem Hintergrund schätzen wir den durchschnittlichen Verkaufspreis, den Zara tatsächlich pro Kapuzenpullover erhalten hat, ohne Mehrwertsteuer auf 25.70 Franken. Doch wieviel hat Zara selbst pro Pullover bezahlt?

Was hat Zara bezahlt?

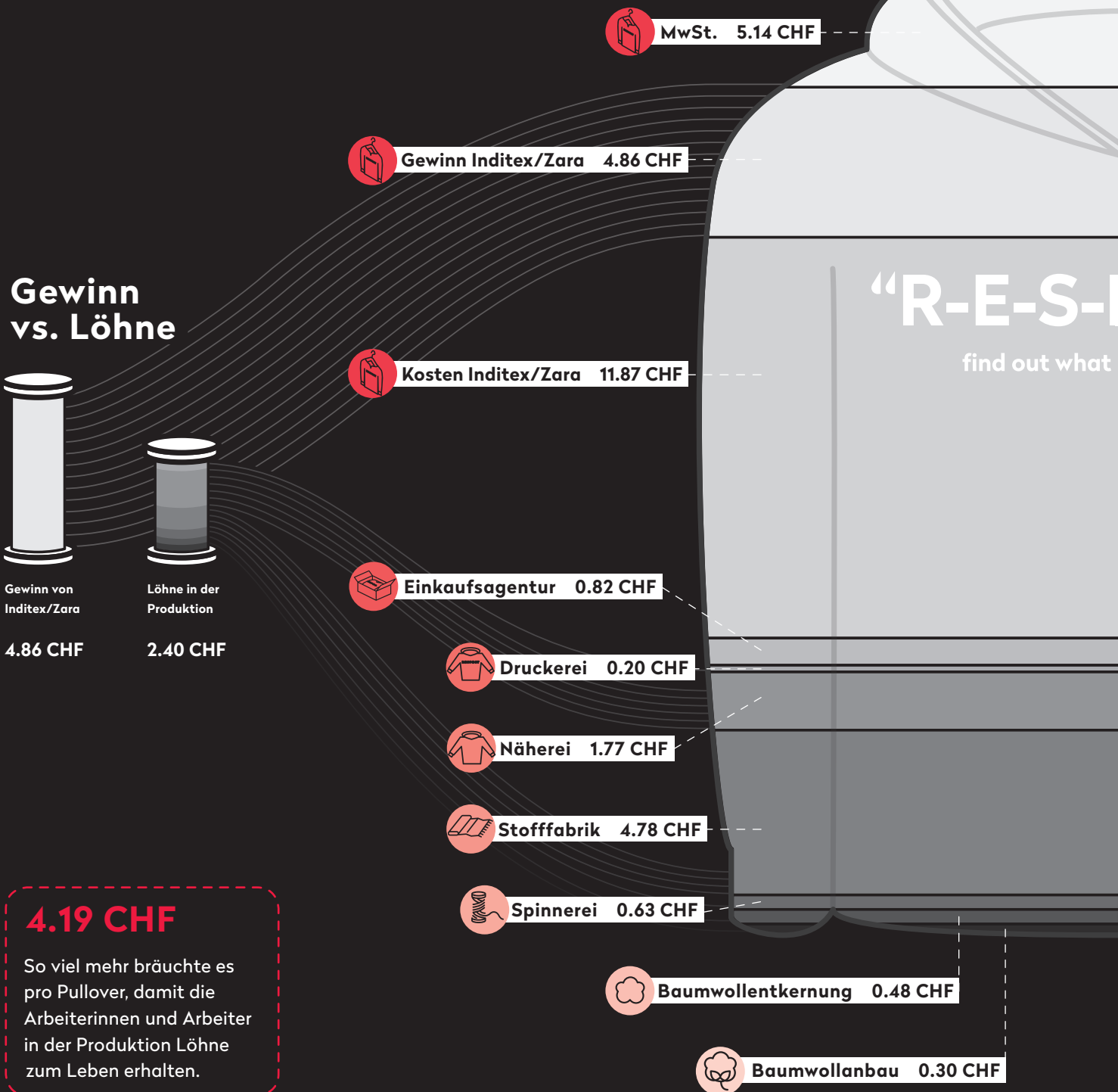
Da Zara uns diese Frage nicht beantworten wollte, haben wir selbst gerechnet. Wir haben herausgefunden, dass die rund 20 000 Exemplare des Pullovers Ende 2018 in der Türkei genäht und bedruckt wurden. Unseren Recherchen zufolge erteilte Zara die Produktionsaufträge jedoch nicht selbst, sondern schaltete ein weiteres Unternehmen dazwischen, welches die Rolle einer Beschaffungsgagentur einnahm und seinerseits lokale Unternehmen mit den verschiedenen Arbeitsschritten beauftragte. Wir schätzen, dass Inditex pro Pullover 8.98 Franken an die Agentur gezahlt hat. Für diese Schätzung haben wir Vergleichsangebote von anderen türkischen Firmen eingeholt, Fachleute befragt und die Angaben mit den von uns errechneten Kosten für Material und Verarbeitung verglichen.

Unsere Kostenschätzung für die Fertigung liegt rund ein Viertel unter den von uns für eine fiktive Firma eingeholten Vergleichsangeboten, was angesichts der starken Einkaufsmacht realistisch sein dürfte: Inditex ist einer der grössten Abnehmer von in der Türkei hergestellter Bekleidung. Wir haben die Geschäftsberichte der

¹ Verwendete Kurse: CHF-EUR: 0.86; USD-EUR: 0.85; EUR-INR: 80.74 (Jahresmittelkurse 2018). Für Produktionskosten und Existenzlohnschätzung in türkischer Lira: CHF-TRY: 5.19; EUR-TRY: 5.87 (Monatsmittelkurs Dezember 2018). Für aktuelle Lohnangaben in türkischer Lira: CHF-TRY: 5.58; EUR-TRY: 6.46 (Monatsmittelkurs September 2019).

Woraus sich der Preis eines Zara-Pullovers zusammensetzt

Wie viel Respekt für faire Löhne steckt im Pullover von Zara? Weil sich Zaras Mutterkonzern Inditex weigert, Zahlen zu Einkaufspreisen und Löhnen in der Produktion bekannt zu geben, haben wir selbst eine detaillierte Schätzung vorgenommen, wie der Preis dieses Kleidungsstücks entsteht – vom Baumwollfeld über die Stoffherstellung und die eigentliche Produktion bis in die Läden.



4.19 CHF
 So viel mehr bräuchte es pro Pullover, damit die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktion Löhne zum Leben erhalten.

Durchschnittlicher Verkaufspreis

Die Preise bei Zara variieren stark von Land zu Land. Für eine möglichst realistische Preisaufschlüsselung haben wir den internationalen Durchschnittspreis des Kapuzenpullovers errechnet und dabei auch Rabattaktionen berücksichtigt. Der Verkaufspreis in der Schweiz lag mit 45.90 Franken deutlich höher.

Durchschnittlicher Verkaufspreis:
30.84 CHF

P-E-C-T

it means to me



Gross- und Detailhandel (Inditex/Zara)

☛ Spanien und Absatzmärkte
Produktentwicklung, Einkauf,
Logistik, Bewerbung, Verkauf

	CHF
Einkaufspreis fertiger Kapuzenpullover	8.98
Frachtkosten	0.48
Personalkosten Inditex/Zara	4.54
Verwaltung, Marketing, Vertrieb, Mieten und sonstige Kosten	6.86
Gewinn Inditex/Zara	4.86
Durchschnittlicher Verkaufspreis ohne MwSt.	25.70
MwSt. (int. Durchschnitt, 20%)	5.14

Durchschnittlicher Verkaufspreis **30.84**



Näherei

☛ Türkei, Izmir
Stoffzuschnitt und Vernähung zu fertigem Kapuzenpullover, Anbringen von Etiketten und Verpackung

	CHF
Stoff	6.19
Löhne	1.27
Zubehör (Etiketten, Verpackung usw.)	0.16
Sonstige Kosten und Gewinn	0.34

Fertig genähter Pullover (ohne Druck) **7.96**



Spinnerei

☛ Türkei, Kayseri
Verspinnen von Baumwollfasern zu Baumwollgarn

	CHF
Baumwollfasern	0.78
Löhne	0.07
Maschinen, Energie, sonstige Betriebskosten	0.49
Gewinn	0.07

Baumwollgarn **1.41**



Baumwollanbau

☛ Indien, genauer Ort unbekannt
Anbau und Ernte von Bio-Rohbaumwolle

	CHF
Löhne der Hilfskräfte	0.17
Einkommen der Bäuerinnen und Bauern	0.07
Saatgut und sonstige Kosten Baumwollanbau	0.06

Rohbaumwolle **0.30**



Einkaufsagentur

☛ Türkei, Izmir
Auftragsakquise und -abwicklung, Vergabe von Unteraufträgen an Zulieferfirmen

	CHF
Bedruckter Pullover	8.16
Personal- und sonstige Kosten	0.57
Gewinn	0.24

Einkaufspreis Inditex/Zara **8.98**



Druckerei

☛ Türkei, Izmir
Bedrucken mit Weissm Aufdruck

	CHF
Pullover (ohne Aufdruck)	7.96
Löhne	0.10
Maschinen, Betriebs- und sonstige Kosten sowie Gewinn	0.10

Bedruckter Pullover **8.16**



Stofffabrik

☛ Türkei, Izmir
Verarbeitung von Baumwoll- und Polyestergerne zu Mischgerne, Färbung und Aufrauhern der Innenseite

	CHF
Baumwollgarn	1.41
Polyestergerne	0.11
Löhne	0.72
Maschinen, Energie, sonstige Kosten	3.70
Gewinn	0.25

Stoff **6.19**



Baumwollentkernung

☛ Indien, Maharashtra
Fasern und Kerne trennen, Aufbereitung der Baumwollfasern

	CHF
Rohbaumwolle	0.30
Löhne	<0.01
Maschinen, Energie, Transport- und sonstige Kosten	0.47
Gewinn	<0.01

Baumwollfasern **0.78**

Quelle

Die Berechnung basiert auf unseren Schätzungen auf der Grundlage von Dutzenden von Quellen, und Insiderinformationen aus der Industrie. Details zur Berechnung siehe Artikel ab Seite 11. Aufgrund der Rundung auf zwei Kommastellen können sich bei der Summenbildung geringfügige Abweichungen ergeben.

von Zara beauftragten Agentur aus den vergangenen fünf Jahren ausgewertet und schätzen auf dieser Grundlage, dass diese von den 8.98 Franken selbst 24 Rappen als Gewinn und 57 Rappen zur Deckung ihrer Kosten und zur Bedienung von Krediten einbehalten hat. Dies ist konservativ gerechnet, denn während unserer Recherche vor Ort haben wir auch die Einschätzung gehört, die Agentur würde ein bis zwei Euro pro Hoodie verdienen.

Weit weg von Existenzlöhnen

Inditex versicherte uns gegenüber, dass die von ihnen bezahlten Einkaufspreise ausreichend seien. Doch wie viel kommt tatsächlich bei den Subunternehmen an? Unseren Informationen zufolge erhielt die Nähfabrik für das Zuschneiden, das Nähen, das Verpacken und das Anbringen der Labels lediglich 9 türkische Lira (1.77 Franken). Die Fertigung selbst ist in zahlreiche Einzelschritte unterteilt, der Pullover wandert durch viele Hände und Maschinen. Insgesamt stecken in einem einzelnen Kapuzenpullover rund 30 Arbeitsminuten – eine Schätzung, die von verschiedenen Fachleuten bestätigt wird. In unserer Recherche hören wir von Löhnen für Fabrikarbeitende, die 2000 bis 2500 türkische Lira (337 bis 421 Franken) betragen, also den gesetzlichen Mindestlohn oder geringfügig mehr. Für einen Nettolohn von 421 Franken im Monat müsste die Fabrik mit mindestens 2.66 Franken Bruttostundenlohn bzw. 1.33 Franken für 30 Minuten rechnen. Zum Vergleich: Damit den Arbeiterinnen und Arbeitern ein Existenzlohn gemäss Schätzungen der Clean Clothes Campaign Türkei ausbezahlt werden könnte, müsste der Bruttostundenlohn mindestens 6.74 Franken, für 30 Minuten entsprechend 3.37 Franken betragen. Wenn die Fabrik dagegen lediglich 1.77 Franken erhält und davon neben Löhnen noch die laufenden Kosten für den Unterhalt des Gebäudes und der Maschinen, für Energiekosten oder die Löhne des Managements finanzieren muss, wird schnell klar, dass es mehr als knapp wird. Wir gehen in unserer Berechnung davon aus, dass die Fabrik pro Pullover 1.27 Franken in Form von Arbeitskosten zahlen musste und so gerade mal 50 Rappen blieben, um notwendiges Zubehör einzukaufen, die laufenden Fabrikkosten zu finanzieren und wenn möglich noch einen Gewinn zu erwirtschaften, was auch die Eigentümer der Näherei natürlich anstreben. Es ist also offensichtlich: Von existenzsichernden Löhnen waren die Näherinnen und Näher des «Respect»-Kapuzenpullovers weit entfernt.

Ein paar Rappen für den Druck

Gerade mal eine halbe Lira, also rund 10 Rappen, dürfte die Druckerei für einen Druck erhalten haben. Ein lokaler Branchenexperte bestätigte uns diese Dimension, die wir im Rahmen unserer Recherche vor Ort erfahren haben. Da für Vor- und Rückseite zwei Drucke nötig sind, haben wir die Druckkosten auf 20 Rappen pro Pullover geschätzt, die Hälfte davon für Löhne. Auch dieser Betrag ist so knapp,



dass den Fabriken selbst bei Produktion auf Mindestlohniveau nach Zahlungen der Rechnungen nur wenig bleiben dürfte. Bei derart geringen Margen ist das Risiko hoch, dass die Arbeitskosten noch weiter gedrückt werden: etwa durch Erhöhung der Leistungsanforderungen (weniger Sekunden pro Arbeitsschritt), unter- oder nicht bezahlte Überstunden oder den Einsatz von Tagelöhnerinnen und Tagelöhnern.

Unseren Recherchen zufolge hat Zara auch den Stoff über die Agentur eingekauft. Wir schätzen, dass pro Pullover dafür 6.19 Franken aufgewendet wurden. Auch hierzu haben wir Vergleichsangebote eingeholt und geschätzt, dass Inditex bzw. ihre beauftragte Agentur aufgrund der grossen Marktmacht den Preis gegenüber dem Angebot, welches wir für eine kleinere, unbekanntere Firma eingeholt haben, um zehn Prozent herunterhandeln.

Vom Feld zum Stoff

Da wir nicht nur die Arbeitskosten in der Verarbeitung ermitteln wollten, haben wir auch die Stoffproduktion analysiert. Pro Pullover gehen wir von rund 1,7 Quadratmeter Stoffbedarf aus. Bei diesem handelt es sich Experten zufolge um ein French-Terry-Mischgewebe mit einer aufgerauten Seite und einer Dichte von 260 Gramm pro Quadratmeter, laut Etikett zu 84 Prozent aus Baumwolle, nach Inditex-Deklaration aus biologischem Anbau. Nach Angaben des Konzerns wurde die Rohbaumwolle in Indien verarbeitet. Wir schätzen, dass die Baumwollbäuerin oder der Baumwollbauer (in Indien ist Baumwollanbau



Bilder: Noura Gauper

überwiegend kleinbäuerlich und arbeitsintensiv) rund 30 Rappen für die für einen Pullover benötigte Menge Rohbaumwolle erhalten hat. Nach Abzug von 6 Rappen für Saatgut, Bewässerung und weitere Inputs bleiben davon für die Löhne von Hilfsarbeiterinnen und -arbeitern und die Landwirte selbst insgesamt 24 Rappen übrig. Rund dreimal so viel wäre nötig, damit Hilfskräfte existenzsichernde Einkommen verdienen.

Die Verarbeitung von Rohbaumwolle zu Fasern, zu Garn und schliesslich zu Stoff erfolgt üblicherweise hochmaschinell und in sehr grossen Mengen. Dementsprechend fallen die Lohnanteile in diesen Schritten gering aus. Auch die Gewinnmargen auf diesen Stufen sind eher gering; nach der Analyse von Geschäftsberichten und anderer Branchendaten schätzen wir diese auf 32 Rappen pro Pullover. Es sind wohl weniger die Margen, sondern die grossen Mengen, die den Firmen auf diesen Zwischenstufen das wirtschaftliche Auskommen sichern.

Zaras Gewinn

Halten wir als Zwischenergebnis fest: Unseren Schätzungen zufolge stecken vom Baumwollfeld bis hin zum Druck in jedem Pullover insgesamt Einkommen und Löhne von gerade mal 2.40 Franken. Und wir schätzen, dass Zara pro Stück 8.98 Franken an seine türkische Einkaufsagentur gezahlt hat. Nun muss der Pullover allerdings noch in die Läden kommen und verkauft werden. Die Frachtkosten (wir gehen vom Transport per Containerschiff von der

Türkei nach Spanien und per LKW zum Logistikzentrum in Saragossa aus) schätzen wir pro Stück auf 48 Rappen.

Die Bruttomarge (Umsatz minus Aufwendungen für den Einkauf) lag bei Inditex im Geschäftsjahr 2018 mit 17.1 Milliarden Franken bei 56,7 Prozent des Umsatzes. Die für den Pullover errechnete Marge liegt mit 63 Prozent ein wenig darüber. Auf dieser Grundlage haben wir die durchschnittlichen Kosten- und Gewinnanteile auf unseren Pullover umgerechnet. Wir schätzen, dass pro Pullover 4.54 Franken Personalkosten (überwiegend im Verkauf) und 6.86 Franken für Ladenmieten, Abschreibungen und weitere operative Kosten angefallen sind. Falls für den Abdruck des Liedtextes von Aretha Franklin auf dem Pullover Geld an die Rechteinhaberin Universal Music geflossen sein sollte, so fiel dies auch in letztgenannte Kategorie.

Was bleibt übrig? Unseren Schätzungen zufolge ein Gewinn von 4.86 Franken pro Pullover, also mehr als doppelt so viel wie der Anteil, den die Arbeiterinnen und Arbeiter in der gesamten Produktion erhalten haben. Nach Abzug von Steuern bleiben davon 3.78 Franken Nettogewinn übrig.

«Respect»? Dazu braucht es Umverteilungen

Das Businessmodell von Zara ist auf Gewinnmaximierung getrimmt: Eine Umsatzrendite von mehr als 15 Prozent gibt das Ziel vor und prägt die Verhältnisse in der Lieferkette. Ginge es auch anders? Was wäre, wenn Arbeiterinnen und Arbeiter vom Baumwollfeld über die Textilfabrik bis hin zu den Läden faire Löhne erhalten würden? Um die Löhne in der Produktion in der Türkei und Indien auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben, müssten diese je nach Produktionsschritt um Faktor 1,9 bis 3,0 multipliziert werden. Dennoch würde die Differenz pro Pullover lediglich 4.19 Franken ausmachen, etwas weniger, als allein Inditex daran verdient. Würden auch die anderen Firmen in der Lieferkette auf einen Teil ihrer Gewinne verzichten, wäre dieser Spielraum noch grösser. Wenn Inditex wirklich wollte, wären Existenzlöhne also möglich, selbst ohne dass der Ladenpreis automatisch ansteigen müsste. Utopisch? Das mag heute noch so scheinen. Möglich? Absolut.

«Respect» in der Modeindustrie bedeutet für uns, dass jene, die die Rohstoffe produzieren, die Stoffe herstellen oder die Kleider nähen, gut von ihrer Arbeit leben können – und dass jene, die die Lieferketten kontrollieren, ihre Macht nicht missbrauchen, um die Preise zu drücken. Die Umverteilung von Macht und Gewinnen innerhalb der Lieferketten braucht Auseinandersetzung, Verhandlungen und notfalls Streiks zur Durchsetzung von besseren Löhnen und Produzentenpreisen. Und es braucht die Solidarität von Menschen, die aus ihrer Rolle als passive Konsumentinnen und Konsumenten ausbrechen – und klar machen, dass es keine Frage der Perspektive sein darf, dass das Menschenrecht auf existenzsichernde Löhne akzeptiert wird. ■

Rütteln an der Mauer des Schweigens

Nachhaltige Produktion, sichere Arbeitsbedingungen, faire Löhne – die Nachhaltigkeitsberichte grosser Modemarken versprechen Konsum ohne schlechtes Gewissen. Doch wer genauer wissen will, was die Firmen unter «fair» verstehen und was sie ganz konkret für Existenzlöhne in ihren Lieferketten tun, stösst auf eine Mauer des Schweigens. Mit einer Welle von Kundenanfragen haben wir versucht, an dieser Mauer zu rütteln.

REBEKKA KÖPPEL

Unser Firmencheck 2019 zu Existenzlöhnen in der Textilbranche hat gezeigt, dass sich in den letzten fünf Jahren – trotz vieler vollmundiger Versprechen der Moderiesen – erschreckend wenig verändert hat: Auch wenn einige der 45 befragten Firmen Fortschritte erzielt haben, verdient noch immer kaum eine Arbeiterin in deren Lieferketten genug zum Leben. Die freiwilligen Massnahmen der Modefirmen greifen entweder gar nicht oder sie bringen zu wenig. Wir fordern deshalb klare Lohnrichtwerte, eine zeitgebundene, konkrete Strategie – und als ersten Schritt mehr Transparenz. Bislang verweigern jedoch die meisten Firmen Informationen zu den konkreten Löhnen bei ihren Zulieferbetrieben und verstecken sich hinter dem Nichtstun der anderen.

Wir wollten herausfinden, ob der Druck von Konsumentinnen und Konsumenten hilft, um die Mauer des Schweigens ins Wanken zu bringen. Wir haben deshalb unter dem Motto «Ausbeutung passt uns nicht» dazu aufgerufen, mit acht Firmen in den Dialog zu treten und von diesen Transparenz über Zulieferfabriken und Löhne sowie konkrete Antworten auf die Frage einzufordern, wann alle Arbeiterinnen und Arbeiter in der

Lieferkette einen Existenzlohn erhalten werden. Insgesamt haben wir schliesslich mehr als 180 000 Anfragen an die Kundendienste von Calida, C&A, H&M, Strellson, Tally Weijl, Triumph, Zalando und Zara weitergeleitet.

Grosse Worte, wenig Substanz

Bereits wenige Stunden nach den ersten Anfragen antwortete H&M – mit Copy-Paste-Textblöcken, die offensichtlich aus dem Jahr 2014 stammen. Darin verspricht H&M, dass all ihre strategischen Zulieferer bis 2018 (sic!) Existenzlöhne bezahlen würden. Dass wir bereits im Jahr 2019 sind und H&M sein Versprechen bisher nicht eingelöst hat, ist anscheinend am Kundendienst vorbeigegangen. Das scheint der Nachhaltigkeits-Abteilung von H&M dann doch etwas peinlich gewesen zu sein – ein paar Tage später lieferte sie eine weitere Antwort mit Verweis auf die freiwillige Multistakeholder-Initiative ACT nach, welche bisher jedoch noch keine Ergebnisse vorweisen kann.

Auch der Online-Riese Zalando verweist auf die Mitgliedschaft bei ACT – sagt aber kein Wort dazu, was die Firma selbst konkret für Existenzlöhne in der Liefer-

«Crowd Research» für mehr Transparenz

DAPHNE GROSSRIEDER

Gemeinsam tragen wir möglichst viele Informationen zu Modemarken zusammen. Helfen auch Sie mit!

DAPHNE GROSSRIEDER

«Es hat hübsche Titel, aber im Text steht dann nichts», stellt Lou, eine 26-jährige Umweltwissenschaftlerin, ernüchert fest. Lou ist unserem Aufruf gefolgt, in den Büros von Public Eye in Lausanne gemeinsam zu recherchieren, wie transparent Modemarken wirklich sind. Wie auch in Bern, Luzern und Zürich versammelten sich dort im Rahmen unserer «Crowd Research» neugierige und hochmotivierte Menschen. Diese partizipative Recherche soll es Interessierten ermöglichen, gemeinsam oder auch von zu Hause aus Informationen aus «Über uns»-Seiten, Nachhaltigkeits- oder Jahresberichten

zusammenzutragen. Sprechen die Modekonzerne über Existenzlöhne? Legen sie ihre Löhne und Lieferketten offen? Am Treffen in Lausanne zeigt sich, dass es alles andere als einfach ist, seine Lieblingsmarke zu durchleuchten. Man sucht überall – selbst über versteckte, kryptischen Links am untersten Ende der Webseite – und findet meist doch keine aussagekräftigen Informationen. Bei Lou weicht jedoch der anfängliche Frust bald einer zusätzlichen Motivation, ihre Spurensuche fortzusetzen: «Die Tatsache, dass es so schwierig ist, Antworten zu finden, beweist doch, dass die Modefirmen nicht korrekt handeln.»

Unter www.publiceye.ch/crowdresearch finden Sie die Datenbank mit über 200 bereits erfassten Firmen. Es freut uns, wenn auch Sie mitmachen und fehlende Informationen ergänzen oder neue Firmen hinzufügen. Herzlichen Dank!

kette unternimmt. Triumph erklärt, die Löhne in Fabriken würden regelmässig überprüft, gibt aber keine konkreten Informationen dazu ab. Die Schweizer Herrenmode-Marke Strellson nennt in ihrer Antwort die Mitgliedschaft bei der Firmeninitiative amfori BSCI, welche Existenzlöhne allerdings nicht als Verpflichtung betrachtet, sondern nur als ein «erstrebenswertes Ziel». Konkrete Informationen erhalten wir nicht, einen weiteren Dialog verweigert Strellson.

C&A findet, einzelne Unternehmen könnten «im Alleingang leider wenig ausrichten». Tatsächlich? Als einer der grössten Modekonzerne der Welt sollte C&A doch in seiner Lieferkette gewisse Standards durchsetzen können – falls die Firma Existenzlöhnen bei den Einkaufsentscheidungen einen hohen Stellenwert beimisst. Liegt es vielleicht weniger am Können als am Wollen? Ein wenig selbstkritischer zeigt sich die Calida Group. Der Konzern verweist auf Unterschiede zwischen der Marke Calida und dem Mutterhaus Calida Group, und ortet bei letzterem noch «Verbesserungspotenzial». Das sehen wir ähnlich – allerdings auch bei der Marke Calida. Im Gegensatz zur Calida Group glauben wir nicht daran, dass der Arbeitsmarkt-Wettbewerb «faire landesübliche Löhne garantiert». Wir haben schon vor fünf Jahren ähnliche Beteuerungen gehört, haben aber immer noch keine konkreten Hinweise, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter im Calida-Hauptwerk in Ungarn Löhne zum Leben erhalten.

Als eine der letzten Firmen antwortete Inditex, der Mutterkonzern von Zara: Transparenz sei für sie ein «Leitprinzip». Doch im Gegensatz zu anderen grossen Modeunternehmen legt Inditex noch nicht einmal seine Lieferanten offen, geschweige denn die bezahl-

ten Löhne. Der Moderiese mit dem weltweit höchsten Nettogewinn scheint auch zu den Branchenführern zu gehören, wenn es um leere Worthülsen geht. Tally Weijl schliesslich hat erst nach fünf Wochen und unserem dritten Nachhaken geantwortet – und hält es für ausreichend, sich an die gesetzlichen Mindestlöhne in den Produktionsländern zu halten.

Neue Wege gehen

Unser vorläufiges Fazit zur Kundendialog-Aktion: Erfreulich viele Menschen haben mitgemacht und den Firmen gezeigt, dass es immer schwieriger wird, zum Thema Löhne zu schweigen. Konkrete Erfolge – wie bspw. die Veröffentlichung bisher unbekannter Lohn-daten oder die Ankündigung eines konkreten Zeitplans zur Umsetzung von Existenzlöhnen – hat die Aktion bisher leider nicht gebracht. Wo Fragen konkret werden, weichen die Firmen aus oder verstecken sich hinter wohlklingenden Phrasen.

Um das zu ändern, gilt es, den Druck aufrecht-zuerhalten und dafür auch neue Wege zu gehen: Sei es, indem wir mit einer partizipativen Recherche (siehe Box unten) aufzeigen, dass es durchaus Firmen gibt, die transparenter sind. Oder indem wir auch künftig hartnäckig zu den Lieferketten einzelner Marken und zur Wertschöpfungsstruktur konkreter Kleidungsstücke recherchieren. Klar ist: Wir werden uns auch in Zukunft nicht mit leeren Worten abspeisen lassen. ▪

Unter www.publiceye.ch/passt-mir-nicht finden Sie sämtliche Antworten im Wortlaut.



Trafigura und der General mit dem grünen Daumen

Der Genfer Rohstoffriese Trafigura hat der Regierung des Südsudans Dutzende Millionen geliehen. Das Land hat dabei de facto seine Erdölreserven verpfändet. Ein Teil dieser Vorfinanzierung an das von Bürgerkrieg und Korruption geplagte Land landete auf dem Konto eines zwielichtigen Mittelsmanns. Diesem ehemaligen israelischen Soldaten, der sich seit Neustem der Landwirtschaft zugewandt hat, wird vorgeworfen, den Konflikt in der Region geschürt zu haben, indem er beiden Seiten Raketenwerfer und Munition verkaufte.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ UND ANNE FISHMAN

Briefe wie jenen, der Ende August 2017 auf seinen Tisch flatterte, erhält wohl auch José Larocca, der Leiter der Rohöl-Abteilung von Trafigura, nicht jeden Tag. «Invitation Letter» steht als Betreff über dem vom 28. August 2017 datierten Schreiben, verfasst wurde es vom Büro des Präsidenten der Republik Südsudan. Der Absender nimmt zuerst Bezug auf ein Gespräch mit einem gewissen Israel Ziv, mit dem Trafigura «verschiedene Investitionsmöglichkeiten» diskutiert habe. Dann lädt er Larocca «in diesem Zusammenhang» in den Südsudan ein – zu Gesprächen mit dem Finanz- und Planungsminister, dem Erdölminister, dem Minister des Präsidialbüros sowie, «wenn es der Zeitplan erlaubt», zu einem Höflichkeitsbesuch bei Seiner Exzellenz, dem Präsidenten der Republik Salva Kiir.

Dass der junge Ölstaat dem Genfer Unternehmen derart den roten Teppich ausrollt, liegt daran, dass sich Trafigura rasch als unverzichtbare Partnerin etabliert hat. Das zeigen die vertrauliche Korrespondenz, die Public Eye einsehen konnte, die Finanzberichte der südsudanesischen Regierung und offizielle UN-Dokumente. Bereits wenige Monate nach der Unabhängigkeitserklärung vom 9. Juli 2011 unterzeichnete Trafigura beinahe exklusive Verträge mit dem Südsudan und stach damit seinen Konkurrenten Glencore aus. Seither hat die Handelsfirma dem Südsudan regelmässig Darlehen in der Höhe von Dutzenden Millionen Dollar gewährt. Gemäss der uns vorliegenden Dokumente betragen die letzten Darlehen umgerechnet etwa 85,2 Millionen Dollar für den Zeitraum 2017/2018 und 48,6 Millionen Dollar für 2018 bis 2019.

Die Recherchen von Public Eye zeigen, wie massiv die Rückzahlung dieser Darlehen das Staatsbudget des Südsudans belasten – und dass ein Teil dieser Gelder direkt auf das Konto eines zweifelhaften Mittelsmanns geflossen ist.



Ein den Tradern ausgelieferter Staat

Nach Angaben der Weltbank ist der Südsudan das erdölabhängigste Land der Welt. Das schwarze Gold macht beinahe die Gesamtheit seiner Exporte aus und ist für fast 60 Prozent seines Bruttoinlandprodukts (BIP) verantwortlich. Die grosse Mehrheit der Konsumgüter muss importiert werden. Das Land, das über Erdölreserven von geschätzt 3,5 Milliarden Barrel verfügt (was etwas mehr als einem Monat des weltweiten Verbrauchs entspricht), ist gezeichnet von heftigen ethnischen Auseinandersetzungen. Zwischen 2013 und 2018 hat der Bürgerkrieg fast 400000 Menschen das Leben gekostet, 2,4 Millionen sind aus dem Land geflohen und 1,9 Millionen wurden intern vertrieben. Die südsudanesische Bevölkerung machte 2014 und 2017 mehrere Hungersnöte durch. Sieben Millionen Menschen – 61 Prozent der südsudanesischen Bevölkerung – leiden auch heute noch an Hunger. Der Südsudan ist zudem eines der aller-

korruptesten Länder der Welt; im Ranking von Transparency International nimmt es den Rang 178 von 180 ein.

Um ihre Funktionsfähigkeit sicherzustellen, greift die Regierung von Salva Kiir offen auf Vorfinanzierungen durch Handelsfirmen wie Trafigura zurück. Diese Verträge, die in offiziellen Berichten als «Erdölvorschüsse» bezeichnet werden, ermöglichen es dem Südsudan, finanzielle Mittel zu erhalten, noch bevor das Öl überhaupt aus dem Boden gepumpt wird. Die Kreditgebenden stellen sicher, dass sie bei den zukünftigen Verkäufen dieses Öls ihr Geld zurückerhalten. Das Land begibt sich in eine Art Schuld knechtschaft.

Laut einem Bericht des Ministeriums für Erdöl und Bergbau stimmte die Regierung in Juba am 31. März 2016 Erdölvorschüssen im Wert von mehr als drei Milliarden Dollar zu. Zum Vergleich: Das Jahresbudget der Regierung beträgt weniger als eine Milliarde Dollar. Zu den Kreditgebenden gehörten chinesische Staats-



Omniprésente Waffen im erdölabhängigsten Land der Welt: südsudanesischer Soldat vor beschädigter Ölpipeline.

Eine schwere finanzielle Last

Vorfinanzierungen von Erdölverkäufen geraten regelmässig in die Kritik, da sie die Wirtschaft rohstoffreicher Länder stark belasten. Diese Transaktionen, die wegen der Preisschwankungen risikoreicher sind als direkte Verkäufe, tragen zum hohen Verschuldungsgrad bei. Denn die Rohstoffhändler erhalten bei der Rückzahlung dieser Kredite in Form von Öllieferungen sehr vorteilhafte Preise. Dieser Mechanismus trägt zu einem Teufelskreis bei, da so ein immer grösserer Teil der im Vorfeld erhaltenen Gelder für die Rückzahlung der Schulden verwendet werden muss, statt dass sie für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eingesetzt werden könnten.

unternehmen sowie Trafigura und Addax Energy. Die beiden Genfer Firmen waren in diesem Zeitraum die einzigen privaten Unternehmen, die sich an diese problematischen Geschäfte wagten. Trafigura überwies einen Vorschuss von 125 Millionen Dollar, die Höhe des Vorschusses von Addax konnte von den Behörden nicht einmal genau spezifiziert werden. Auf Anfrage von Public Eye beteuerte Addax Energy, im Südsudan nie eine Vorauszahlung getätigt, sondern lediglich im Februar 2016 eine Erdölladung gekauft zu haben.

Der Bericht weist darauf hin, dass diese Schulden untragbar seien und erwähnt die Anstrengungen, die man unternommen habe, um angesichts der sinkenden Ölpreise die Erdölvereinbarungen mit dem sudanesischen Nachbarn neu zu verhandeln. Die Praxis der Erdölvorschüsse an sich wird jedoch noch nicht infrage gestellt.

Die Schuldenspirale

Die enge Beziehung zwischen dem Südsudan und Trafigura hat ihre Wurzeln bei der Entstehung des jungen afrikanischen Staates. Bereits Anfang 2012 spielte Trafigura eine wichtige Rolle, als die Firma eine Erdölladung kaufte, deren Eigentum sowohl vom Sudan wie vom

Südsudan beansprucht wurde. Der Streitfall wurde letztlich von einem Londoner Gericht zugunsten des Südsudans und seiner Verbündeten Trafigura entschieden – was die Beziehung der Regierung in der Hauptstadt Juba mit dem Genfer Handelsunternehmen besiegelt hat, das seither zu einem Kreditgeber geworden ist und das Regime von Salva Kiir mitfinanziert.

Der erste Vorfinanzierungsvertrag, den wir im Rahmen unserer Recherchen identifizieren konnten, datiert vom 7. März 2013. In diesem Dokument, welches viermal umgeschrieben und erst am 6. Januar 2016 unterzeichnet wurde, verpflichtete sich der Südsudan, mehr als 75 Millionen Dollar in Form von Rohöllieferungen zurückzuzahlen. Das geliehene Geld wurde über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die Bank der Zentralbanken mit Sitz in Basel, ausbezahlt. Wir werden noch auf den Profiteur dieser Transaktion zurückkommen.

In einem Brief, den das Fachmedium Africa Intelligence am 11. November 2016 publik gemacht hat, lobt Trafigura die «langfristige Partnerschaft» mit dem Südsudan. Und fordert im gleichen Schreiben vom Erdölminister, Ezekiel Lol Gatkuoth, und vom Finanzminister, Stephen Dhieu Dau, die Lieferung der «Novemberladung». Im Gegenzug dafür gebe es eine «Vorauszahlung von etwa zehn Millionen Dollar an das Finanzministerium, um die Auslieferung dieser Ladung zu erleichtern und das Ministerium bei seiner Arbeit zu unterstützen». Der Brief schliesst mit der Bemerkung, dass die Lieferung positiv wäre in Bezug auf «unsere fortlaufende Partnerschaft und weitere Vorauszahlungen in naher Zukunft an die Republik Südsudan». Keine der Parteien hat sich zum Inhalt dieses undatierten Dokuments, das lediglich von einem Manager, der bei Trafigura für Handelsfinanzierung zuständig ist, unterschrieben wurde, geäußert – oder dessen Authentizität infrage gestellt.

Im April 2017 beliefen sich die Rückzahlungen in Form von Rohöllieferungen an Trafigura auf 184 Millionen US-Dollar. Das Finanzministerium beklagte sich über die Schuldenspirale, in die sich der Südsudan verstrickt hatte, und zeigte sich besorgt über den Rückgang der Erdöleinnahmen. Ziehe man die Entschädigungen an den Sudan, die Rückzahlung von Erdölvorschüssen und andere Schuldverpflichtungen ab, habe die Regierung der Republik Südsudan «nur 14 % der Rohöleinnahmen» erhalten, steht im Jahresbericht für das Geschäftsjahr 2016/2017. Ganz zu schweigen von den 82 Millionen Dollar, die Trafigura da bereits für das Folgejahr vorgeschossen hatte. Die von uns eingesehenen Quartalsberichte für 2016 und 2017 zeigen alle die erdrückende Last der Schuldenrückzahlungen im Vergleich zu den Gewinnen aus dem Erdölsektor.

Der «grüne» General

Ein Teil des Geldes der Vorfinanzierung wurde wohl sogar am Staatsbudget vorbei ausgegeben. Dies ist bei der

Ein hochriskanter Kontext

Der Vertrag vom 6. Januar 2016 wurde von Salvatore Garang Mabiordit unterzeichnet, dem damaligen Unterstaatssekretär des Ministeriums für Finanzen und Planung – einem Cousin von Präsident Salva Kiir. Im März 2018 wird Mabiordit zum Minister ernannt, da sein Vorgänger, Stephen Dhieu Dau, im Verdacht steht, öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Diese Anschuldigungen beunruhigen das US-Aussenministerium. In seinem aktuellen Bericht zum Südsudan warnt es davor, dass die Korruption «sämtliche Ebenen der Regierung und der Gesellschaft» durchdrungen habe – insbesondere den Erdölsektor. Die südsudanesischen Regierung habe zwar im Rahmen der Anhörungen zum Jahresbudget 2018 einige Informationen über ihren Schuldendienst veröffentlicht, aber bis heute die Einnahmen aus dem vorverkauften Öl (die Haupteinnahmequelle des Landes) nicht offengelegt. Das Erdölministerium und das Finanzministerium seien «besonders intransparent. Gegen beide Ministerien sind Korruptionsvorwürfe erhoben worden». Lassen solche Berichte Trafigura einfach kalt?

Vorauszahlung vom 6. Januar 2016 der Fall, als Trafigura 75 Millionen Dollar überwies. In einem internen Memo, das sich Public Eye beschaffen konnte, wird der Gouverneur der Zentralbank aufgefordert, am 13. Januar 2016 die Überweisung von 45 Millionen Dollar auf ein Konto der ZIVHG Ltd zu veranlassen. Der Zweck dafür sei die Finanzierung von «Agrarprojekten». Hinter der Firma ZIVHG verbirgt sich ein Mittelsmann, der noch peinlich für Trafigura werden wird: Israel Ziv – der Mann also, der in dem eingangs zitierten Einladungsschreiben aus dem Südsudan vom August 2017 erwähnt wird.

Die Bank Hapoalim, die das Konto von ZIVHG führt, hat ihren Sitz in der israelischen Ortschaft Mevasseret Tsion, keine zehn Kilometer von Har Adar entfernt, der Siedlung im Westjordanland, in der Israel Ziv lebt. Der Veteran der israelischen Armee hat mit seinen militärischen und sicherheitstechnischen Erfahrungen schon auf der ganzen Welt erfolgreich Geschäfte gemacht. In Kolumbien zum Beispiel hat er mit seinem Unternehmen «Global CST» den Verteidigungsminister zu Taktiken der Aufstandsbekämpfung beraten und wollte sich gemäss der kolumbianischen Zeitung El País gemeinsam mit Trafigura an einem zweifelhaf-

ten Eisenbahnprojekt beteiligen, welches dann aber nie realisiert wurde. In einem Interview mit der israelischen Tageszeitung Haaretz behauptete er, bei der Freilassung von Ingrid Betancourt, einer Geisel der FARC-Guerilla, eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. In von Wikileaks veröffentlichten diplomatischen Berichten wird Global CST vorgeworfen, in Guinea 2010 «mit der guineischen Militärjunta den Verkauf von Waffen und die Ausbildung von Soldaten ausgehandelt» zu haben.

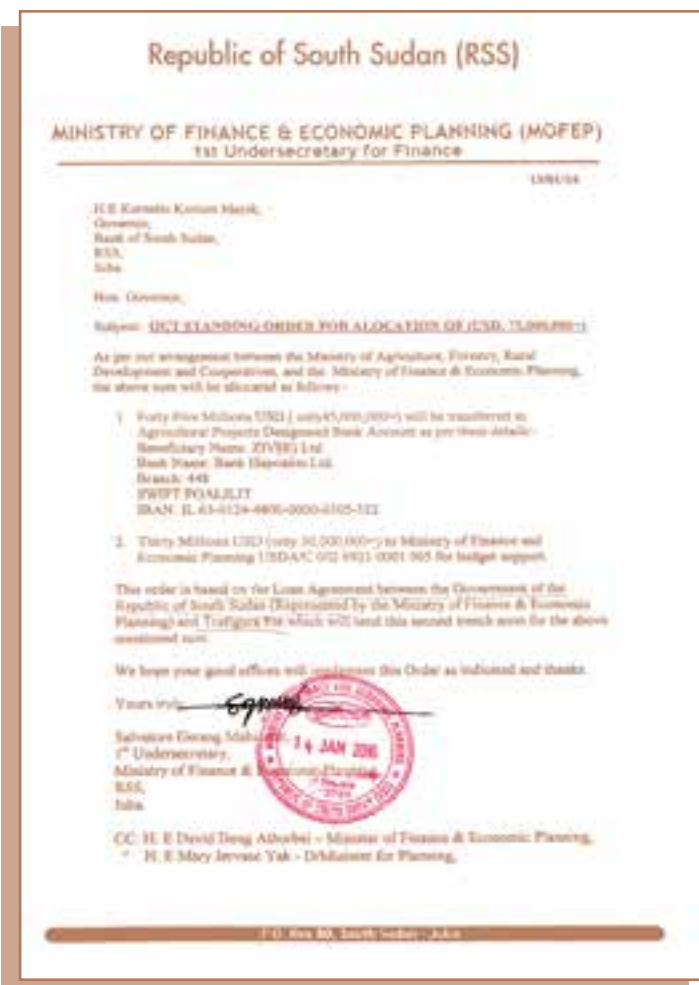
Doch im Südsudan tritt Israel Ziv in einer ganz anderen Rolle auf: als landwirtschaftlicher Berater. «[Ich habe ihnen erklärt,] dass sich das Land nicht nur auf der Basis von Erdöl entwickeln und erholen kann», begründete er dies gegenüber dem Journalistennetzwerk OCCRP (Organized Crime & Corruption Reporting Project), welches im vergangenen Juli eine ausführliche Recherche über seine Aktivitäten veröffentlichte. In die schöne Geschichte des zur Landwirtschaft konvertierten Militärs passt, dass er im Dezember 2015 einen Auftrag für ein Agrarprojekt erhält, das eigenen Angaben zufolge auf dem israelischen Entwicklungsmodell basiert. Das Projekt mit dem Codenamen «Green Horizon» wird auf 45 Millionen Dollar budgetiert und hat das ambitionierte Ziel, Millionen von Menschen zu ernähren oder den Südsudan sogar in einen Nettoexporteur von Agrarprodukten zu verwandeln.

Wohin geht das Geld?

Laut OCCRP wurden von der Südsudanesischen Zentralbank mindestens 140 Millionen Dollar an Israel Ziv ausgezahlt. Dieser wird vom US-Finanzministerium beschuldigt, unter dem Deckmantel eines landwirtschaftlichen Beratungsunternehmens sowohl der Regierung von Salva Kiir als auch der politischen Opposition im Lande Gewehre, Granaten- sowie Raketenwerfer und Munition im Wert von 150 Millionen Dollar verkauft zu haben. Unangenehm für Trafigura, die zur gleichen Zeit fast identische Beträge an die Südsudanesische Zentralbank überwiesen hatte.

Die Fördergelder für Ziv liefen offensichtlich am regulären Budget vorbei, denn laut Regierungsberichten wurden zwischen 2015 und 2018 weniger als 10 Millionen Dollar in land- und forstwirtschaftliche Projekte investiert – und zwar hauptsächlich für die Lohnzahlungen von Beamtinnen und Beamten. Das OCCRP-Journalistennetzwerk besuchte eine der vier Farmen des «Green Horizon»-Projekts und fand dort nur etwa zwanzig demobilisierte Soldaten vor, die in den Feldern sassen oder auf ihren Traktoren herumlümmelten.

Die Überweisung auf das Konto der ZIVHG Ltd. steht auch im Widerspruch zum Friedensabkommen, das 2015 zwischen dem Präsidenten Salva Kiir und dem Rebellenführer Riek Machar unterzeichnet wurde. Dieses sieht vor, dass «sämtliche Einnahmen aus dem Erdöl-





Der Streit um die erdötreichen Grenzgebiete führte 2012 zum Krieg zwischen dem Südsudan und dem Sudan.

© Mohamed Nureldin Abdallah/Reuters

geschäft [...] auf das Ölkonto der BoSS [der Bank of South Sudan] einzuzahlen sind und dass die Auszahlungen in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Verfahren des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaftsplanung erfolgen müssen». Das Abkommen sieht sogar vor, dass «die Einzahlung oder Umleitung von Erdöleinnahmen auf ein anderes als das designierte Ölkonto bei der Bank of South Sudan strafrechtlich zu ahnden» seien.

Israel Ziv steht unter Verdacht, «Söldnerangriffe auf Erdölfelder und Infrastrukturen im Südsudan geplant zu haben, um ein Problem zu kreieren, das nur sein Unternehmen und dessen Tochtergesellschaften lösen können».

Am 14. Dezember 2018 wurde Israel Ziv vom US-Finanzministerium auf die Liste der sanktionierten Personen gesetzt – ebenso wie drei der von ihm kontrollierten Unternehmen: Global N.T.M. Ltd, Global Law Enforcement and Security Ltd und Global IZ Group Ltd. Der Grund dafür bildet seine leitende Position in «Organisationen, deren

Handeln das Ziel oder den Effekt haben, den Konflikt im Südsudan zu erweitern oder zu verlängern». Er steht zudem unter Verdacht, «Söldnerangriffe auf Erdölfelder und Infrastrukturen im Südsudan geplant zu haben, um ein Problem zu kreieren, das nur sein Unternehmen und dessen Tochtergesellschaften lösen können».

In der Medienmitteilung des US-Finanzministeriums heisst es: «Ziv wurde durch die Öllndustrie bezahlt und hatte eine enge Zusammenarbeit mit einem grossen multinationalen Ölkonzern.» Das hat dazu geführt, dass sich auch Trafigura einigen unangenehmen Fragen stellen musste.

Keine Einladungen mehr

Vor dem Expertengremium der Vereinten Nationen hat Trafigura am 9. April dieses Jahres zugegeben, dass man «sich bewusst war, dass ein Teil der Vorauszahlung für das <Green Horizon>-Projekt verwendet werden sollte» und dass man «die Verwendung der Erdöleinnahmen für Entwicklungszwecke befürwortet». Das Unternehmen bekräftigte jedoch, «keine Partnerin in diesem Projekt» zu sein. Der Rohstoffhändler gab ausserdem zu, dass er die Dienste einer der Firmen des Ex-Militärs, L.I.O. Ziv Ltd, in Anspruch genommen habe, um «lokale Unterstützung bei der Verwaltung des Rohölhandels zwischen Trafigura und der

Der Intransparenz der Vorfinanzierungen ein Ende setzen

Der Südsudan ist ein klassisches Beispiel für den sogenannten Rohstofffluch. Das im Juli 2011 unabhängig gewordene Land wird immer noch geplagt vom Bürgerkrieg, sein BIP pro Kopf ist auf etwa 200 US-Dollar gesunken, und seine Abhängigkeit vom Erdöl nimmt mit der zunehmenden Verschuldung weiter zu. In seinem Bericht vom Juni 2019 über den Südsudan äusserte sich der Internationale Währungsfonds IWF besonders besorgt über die «Intransparenz der Erdölvorschüsse», die «die Anfälligkeit für Korruption stark erhöhen». Der IWF-Exekutivausschuss forderte die lokalen Behörden auf, «die geplanten Massnahmen zur Beendigung von Erdölvorschussverträgen umzusetzen». Einige Wochen nach Veröffentlichung des Berichts wurde die Sistierung der Erdölverträge von der Regierung Salva Kiir tatsächlich angekündigt. Es bleibt abzuwarten, ob diese Ankündigung in die Praxis umgesetzt wird.

In diesem Kontext muss man sich fragen, wie ein Unternehmen, das sich seiner «Null-Toleranz-Politik gegen Korruption» rühmt, im Südsudan sorglos derart intensive Handelsbeziehungen aufbauen kann, ohne sicherzustellen, dass die Zahlungen an Mittelsmänner nicht für Korruption oder illegale Zwecke verwendet werden. Egal, wie gerne sich Trafigura als Modell für Transparenz und soziale Verantwortung darstellt: Diese Recherche zeigt einmal mehr, dass freiwillige Massnahmen von Handelsunternehmen nicht ausreichen, um das Problem der Korruption und Veruntreuung wirksam anzugehen.

Das Beispiel des Südsudans veranschaulicht die Notwendigkeit einer Rohstoffmarktaufsicht (ROHMA) und von Sorgfaltspflichten für Rohstoffhandelsfirmen. Diese Massnahmen würden verhindern, dass Unternehmen zu bewaffneten Konflikten beitragen.

Regierung des Südsudans zu erhalten». Er beteuerte jedoch, dass diese Vereinbarung im Mai 2017 beendet worden sei.

Nebenbei bemerkt: Wie im Südsudan steht der Einsatz solcher Mittelsmänner und Türöffner auch im Zentrum der Ermittlungen des US-Justizministeriums gegen Trafigura wegen Korruptionsverdacht in Brasilien. Unter diesem Druck kündigte der Rohstoffhändler am 15. Juli 2019 an, dass er bis im Oktober 2019 alle entsprechenden Verträge beenden werde. Überprüfen lässt sich diese Ankündigung natürlich nicht.

Wir haben Israel Ziv über das Berufsnetzwerk LinkedIn gefragt, was ein pensionierter General der israelischen Armee dazu veranlasst, plötzlich auf Landwirtschaft umzusteigen. Er hat uns nicht geantwortet. Auch die Vorwürfe des US-Finanzministeriums hat er stets zurückgewiesen. «Dies ist nicht das erste Mal, dass diese Regierung Sanktionen nutzt, um ihre Aussenpolitik durchzusetzen», verkündete er aggressiv in einem Interview für den Radiosender der israelischen Armee. In seiner Antwort an das OCCRP-Journalistennetzwerk behauptet Israel Ziv auch, nichts von der Finanzierung von Green Horizon durch den Rohstoffhändler zu wissen. «Es ist ja nicht so, dass Trafigura mir das Geld im Rahmen einer Abmachung oder eines Dreiervertrags gegeben hätte», erklärte er damals. Public Eye hat sich auch an Trafigura gewandt, um wei-

tere Informationen über die Art der Beziehung zwischen dem Unternehmen und dem ehemaligen Soldaten zu erhalten. Trotz zahlreicher Kontakte und nach der zweimaligen schriftlichen Zusendung eines Fragenkatalogs hat das Unternehmen bis jetzt immer noch nicht reagiert.

Es scheint, dass sich das Verhältnis des Genfer Rohstoffriesen mit der Regierung des Südsudans etwas abgekühlt hat. Am 20. September hat Trafigura bei einem Londoner Handelsgericht im Zusammenhang mit nicht

Israel Ziv hat uns nicht geantwortet. Und auch Trafigura hat trotz zahlreicher Kontakte und nach zweimaliger schriftlicher Zusendung eines Fragenkatalogs bis heute nicht reagiert.

näher erläuterten vertraglichen Angelegenheiten eine Klage gegen die Regierung und die Zentralbank des Südsudans eingereicht. Es ist also kaum anzunehmen, dass der Leiter der Rohöl-Abteilung von Trafigura bald wieder einen «Invitation Letter» aus dem Büro des südsudanesischen Präsidenten auf seinem Bürotisch vorfinden wird. ■

Gunvor – trotz Millionenbusse weiter uneinsichtig



Mitte Oktober wurde der Genfer Rohstoffhändler Gunvor wegen «schwerer Organisationsmängel» im Zusammenhang mit Bestechungszahlungen in der Elfenbeinküste und der Republik Kongo zur Zahlung von 94 Millionen Franken verurteilt. Trotzdem streitet der Konzern die von Public Eye bereits vor zwei Jahren aufgedeckten Fakten immer noch ab – und behauptet unbeirrt, von einem abtrünnigen Mitarbeiter hintergangen worden zu sein. Zu bedauern ist, dass es der Justiz nicht gelungen ist, das Top-Management von Gunvor in die Verantwortung zu nehmen.

ADRIÀ BUDRY CARBÓ UND AGATHE DUPARC

Vor zwei Jahren widmete Public Eye den Abenteuern von Gunvor im Kongo eine Spezialnummer unseres Magazins und eine aufwendige Webgeschichte: Detailliert zeigten wir auf, wie sich der Rohstoffkonzern in der Republik Kongo Erdöl im Wert von 2,2 Milliarden Dollar sicherte und dieses mit unüblich hohem Gewinn weiterverkaufte. Möglich wurden die Deals durch Gelder, die in den Taschen von Staatsangestellten landeten.

Gunvor hat für die Zahlungen stets den früheren «business developer» verantwortlich gemacht, der dem Konzern im Kongo und in der Elfenbeinküste neue Märkte erschliessen sollte. Dieser habe hinter dem Rücken seiner

Vorgesetzten Kommissionszahlungen von 43 Millionen getätigt. Der frühere Angestellte weigerte sich jedoch, die Schuld vollständig auf sich zu nehmen. Im Gegenzug für eine reduzierte Strafe wegen Bestechung ausländischer Amtsträger – 18 Monate Gefängnis auf Bewährung – tat er im August 2018 etwas, was in dieser Industrie kaum je jemand tut: Er packte aus. Detailliert beschrieb er fünf korrupte Deals.

Auf der Grundlage dieses Geständnisses hat die Bundesanwaltschaft Gunvor nun am 17. Oktober wegen «Organisationsmängel» im Zusammenhang mit Korruptionshandlungen verurteilt. Der Konzern muss nicht nur vier Millionen Franken Busse bezahlen, sondern zudem

eine sogenannte Ersatzforderung von fast 90 Millionen Franken begleichen – den Profit, den er mit den entsprechenden Deals erzielt hat. Es handelt sich um den dritthöchsten Betrag, den ein Schweizer Unternehmen je bezahlen musste, und die erste Verurteilung für einen Rohstoffhändler wegen Bestechung in der Schweiz.

Ist jetzt alles gut?

Anders als auch schon hat Gunvor dieses Mal das Urteil antizipiert. In der Woche vor der Verurteilung gab der sonst äusserst diskrete Konzernchef Torbjörn Törnqvist mehrere Interviews, um den angelsächsischen Referenzmedien zu versichern, dass die Kongo-Affäre bald der Vergangenheit angehören werde und das Unternehmen mittlerweile über eine «erstklassig Compliance- und Ethikabteilung» verfüge.

Die Pressestelle setzte über ihr Statement an die Medien am Tag der Verurteilung den Titel: «Gunvor schliesst Kongo-Prozess ab». Der Genfer Händler gibt zu, «in den Jahren 2008 bis 2011 organisatorische Mängel gehabt zu haben, die einen ehemaligen Mitarbeiter nicht daran gehindert haben, korrupte Aktivitäten in Kongo-Brazzaville und in der Elfenbeinküste durchzuführen». Er schreibt aber auch, die Bundesanwaltschaft habe «die Bemühungen von Gunvor seit 2012 anerkannt».

Im Strafbefehl stellt die Bundesanwaltschaft fest, dass die Compliance-Abteilung unter der Leitung eines 2012 eingestellten Direktors «kontinuierlich weiterentwickelt» wurde und heute «nicht weniger als 16 Mitarbeiter beschäftigt». Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass der Konzern 1500 Mitarbeiter beschäftigt und mit mehr als 100 Ländern Handel treibt.

Die Bundesanwaltschaft hat zudem festgehalten, dass Gunvor erst im Laufe des Sommers 2018 «allmählich» kooperiert habe, um gewisse undurchsichtig gebliebene Fakten aufzuklären – was bei der Strafzumessung «in ausgewogener Weise» berücksichtigt werden solle.

Auf frischer Tat gefilmt

Es gibt gute Gründe, daran zu zweifeln, dass bei Gunvor seit 2012 alles in bester Ordnung ist. 2014 wurde nämlich der damalige Finanzchef Bertrand G. ohne sein Wissen in der Lobby eines Pariser Hotels gefilmt; in Begleitung von Olivier Bazin, einem zweifelhaften Vermittler, von dem sich Gunvor im Januar 2013 offiziell getrennt hatte. Sie unterhielten sich mit einem Vertrauten des Sohnes des kongolischen Präsidenten Sassou-Nguesso. Gunvor wollte – trotz der laufenden Strafuntersuchung der Schweizer Justiz – wieder mit der Republik Kongo ins Geschäft kommen. Und Bertrand G. schlug neue Konstrukte vor, mit denen erneut korrupte Zahlungen transferiert werden könnten. Das Video, von dem Public Eye als erstes berichtet hat, gelangte schliesslich zur Bundesanwaltschaft. Bertrand G. wurde im Oktober 2015 wegen «Bestechung ausländischer Amtsträger» angeklagt. Gunvor hatte ihn da bereits wegen

schweren Fehlverhaltens entlassen – und ihm einen Abgangsbonus von 950 000 Dollar bezahlt. Als Schweigegeld? Und was unternahm eigentlich der Compliance-Manager, der damals schon seit zwei Jahren im Amt war?

«Absolut keine bewusste Beteiligung»

Auch die nun erfolgte Verurteilung durch die Bundesanwaltschaft lässt Gunvor nicht vom Mythos des «abtrünnigen Mitarbeiters» abrücken. In der Mitteilung an die Medien schiebt der Konzern, dass es «absolut keine bewusste oder gewünschte Beteiligung von Mitarbeitern oder Mitgliedern des Managements an diesen Aktivitäten» gegeben habe. Keine aktuellen Mitarbeitenden von Gunvor seien in damit verbundene laufende Verfahren oder Ermittlungen involviert. Alle, die dem «business developer» halfen, hatten also keine Ahnung, dass es darum ging, Bestechungsgelder zu zahlen, um an lukrative Ölmärkte in der Republik Kongo und der Elfenbeinküste zu kommen – zwei «notorisch» korrupte Staaten, wie es im Strafbefehl heisst.

Diese Darstellung des Sachverhalts könnte einen zum Lachen bringen. Aber sie zeigt eben auch das bisherige Unvermögen der Schweizer Justiz, die Beteiligung der Vorgesetzten des Ex-Mitarbeiters zu beweisen. Ohne einen schriftlichen Korruptionspakt oder ein Geständnis war Bundesanwalt Gérard Sautebin nicht in der Lage, bis zu den obersten Verantwortlichen des Konzerns zu gelangen. Bis zum Chef Torbjörn Törnqvist etwa, der die Ölgeschäfte in der Republik Kongo sehr aufmerksam verfolgt hatte und selbst mehrmals nach Brazzaville gereist war. In einer vertraulichen E-Mail vom 12. Oktober 2011 war ihm gemäss Anklageschrift mitgeteilt worden, dass ein gewisser Maxime Gandzion «zum Kreis der fünf Personen» gehöre, die im Kongo über «eine echte Entscheidungsgewalt» verfügten. Gandzion, der als «Berater des Präsidenten» bezeichnet wird, erhielt gemäss der Anklage des früheren «business developers», die am 28. August 2018 vom Bundesstrafgericht zum Urteil erhoben wurde, insgesamt 15 Millionen Dollar an Provisionen. In der Anklage steht auch, dass der frühere Angestellte die Bestechungszahlungen zwar ausgelöst habe, dass diese aber «in Zusammenarbeit mit anderen Gunvor-Angestellten» in die Wege geleitet und von der Finanzabteilung validiert worden seien. Dieser Modus Operandi zeigt sich im jüngsten Strafbefehl genauso wie in der Recherche von Public Eye von 2017.

Wir könnten noch manches über die Widersprüche zwischen dem wohlklingenden Antikorruptionsdiskurs von Gunvor und der in der Realität vorherrschenden Praxis schreiben. Und solange es keinerlei verbindlichen Sorgfaltsprüfungspflichten für Rohstoffhändler gibt, wird sich daran auch kaum etwas ändern. •

Unsere umfassende Recherche online:
gunvorimkongo.publiceye.ch



Mosambik-Skandal:

Für die Credit Suisse wird es ungemütlich

Die Mühlen der Justiz mahlen bekanntlich langsam – aber in Bezug auf die Kreditaffäre in Mosambik machen die Justizbehörden in Mosambik und in den USA vorwärts. In der Schweiz warten wir dagegen weiterhin darauf, dass sich die Bundesanwaltschaft als zuständig erklärt und eine Strafuntersuchung gegen die Credit Suisse eröffnet. Doch neu aufgetauchte Dokumente liefern weitere Indizien, wie tief die Bank in die Kreditvergabe verstrickt war.

DAVID MÜHLEMANN

Am Anfang der Saga standen versteckte Schulden: Im Frühling 2016 deckte das Wall Street Journal geheime, von der Regierung garantierte Kredite von zwei Milliarden US-Dollar an halbstaatliche mosambikanische Unternehmen auf. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und weitere Gläubiger, darunter auch die Schweiz, stellten ihre Zahlungen an Mosambik ein, woraufhin das Land seine Zahlungsunfähigkeit erklären musste.

Ein massiver Korruptionsskandal

Mittlerweile geht es nicht mehr nur um versteckte Schulden, sondern um einen der grössten Korruptionsskandale der jüngeren Geschichte auf dem afrikanischen Kontinent. Unbestritten ist, dass die britische Tochtergesellschaft der Credit Suisse (CS), die Credit Suisse International (CSi), zusammen mit der russischen Bank VTB 2013 und 2014 Kredite von insgesamt rund zwei Milliarden US-Dollar an Staatsfirmen in Mosambik vergeben hat. Zudem flossen hohe Bestechungsgelder. Der frühere Finanzminister des Landes sowie drei ehemalige hochrangige Angestellte der CS wurden Anfang Jahr auf Ersuchen der US-Behörden verhaftet. Die US-Anklageschrift richtet sich vorerst nur gegen natürliche Personen, gegen die Banken selbst haben die Behörden bislang keine Anklage erhoben. Fachpersonen gehen jedoch davon aus, dass sich das noch ändern wird.

Eine weitere Klage wurde von Mosambik eingereicht – unter anderem gegen die CS in London. Die Bank beteuert ihre Unschuld. Die ehemaligen Mitarbeitenden hätten die internen Kontrollen der Bank gezielt ausgehebelt, erklärte Verwaltungsratspräsident Urs Rohner an der Generalversammlung im April dieses Jahres.

Public Eye reicht Strafanzeige ein

Nachdem die US-Anklageschrift bekannt wurde und die Schweizer Strafbehörden sich ein weiteres Mal als nicht

zuständig erklärten, hat Public Eye Ende April eine Strafanzeige gegen die CS bei der Bundesanwaltschaft eingereicht. Denn aus öffentlich zugänglichen Dokumenten geht hervor, dass die Unternehmensführung in Zürich Informationen über die Kreditvergabe gehabt haben muss und trotz klarer Warnzeichen nicht eingeschritten ist. Die CS hatte zwar als Teil ihrer internen Kontrollen Bedingungen für die Gewährung des Kredits an Mosambik aufgestellt – aber keine dieser Bedingungen wurde eingehalten.

Neue Verbindungen zwischen London und Zürich

Mitte September machte das Magazin des Tagesanzeigers neue Dokumente publik, die wir mittlerweile der Bundesanwaltschaft nachgereicht haben: Sie bestätigen, dass der Hauptsitz der CS viel tiefer in die Kreditvergabe verstrickt war als bisher bekannt. Denn entgegen der eigenen Darstellung der Schweizer Grossbank war nicht nur die britische Tochtergesellschaft am Kreditgeschäft beteiligt; auch die London Branch der Credit Suisse AG war massgeblich involviert. Im Unterschied zur CSi ist diese Niederlassung nicht bloss eine Tochtergesellschaft, sondern eine eigene Filiale der Schweizer CS. Dies stellt ein weiteres zentrales Indiz dafür dar, dass die Schweiz für ein Strafverfahren zuständig ist. Bis heute hat die Bundesanwaltschaft in Bezug auf die Strafanzeige lediglich mitgeteilt, dass die Zuständigkeit des Bundes überprüft werde.

CSi-Mitarbeitende bekennen sich schuldig

Rund um die Kreditvergabe sind an verschiedenen Orten auf der Welt juristische Untersuchungen hängig. Nachdem schon im Frühjahr bekannt wurde, dass sich die in den USA mit beschuldigte ehemalige CSi-Managerin Detelina Subeva als schuldig bekannt hatte, haben mittlerweile auch die beiden anderen ehemaligen



Andrew Pearse, Detelina Subeva und Surjan Singh (v.l.n.r.): Was wusste der Hauptsitz in Zürich von ihrem Tun?

CSi-Manager, Surjan Singh und Andrew Pearse, nachgegeben. Medienberichten zufolge hat Pearse in seinem Schuldeingeständnis Vorwürfe gegen die Bank erhoben; es sollen weitere Personen über das hohe Korruptionsrisiko Bescheid gewusst haben. Pearse habe während seiner Zeit bei der CS beobachtet, wie die Bank bei Kreditgeschäften mit hohem Korruptionsrisiko Mittelspersonen eingesetzt habe – offenbar mit dem Ziel, sich so der rechtlichen Verantwortung entziehen zu können.

Schiffsbauer klagt in der Schweiz

Die mosambikanische Generalstaatsanwaltschaft zielt mit ihrer Klage, die sie Ende Februar beim Handelsgericht in London eingereicht hat, darauf ab, die Staatsgarantie für den einen von zwei Krediten, die über die CSi abgewickelt wurden, annullieren zu lassen. Zudem sollen unter anderem die CS sowie die involvierte Schiffsbaugruppe Prinvest zur Rückzahlung von

Anleihen in der Höhe von insgesamt 727 Millionen US-Dollar verurteilt werden. Die Staatsgarantie für den zweiten Kredit wurde im Juni durch das höchste mosambikanische Gericht für nichtig erklärt.

Auch die umstrittene Prinvest hat juristische Schritte eingeleitet. Im Rahmen von zwei Schiedsverfahren in der Schweiz klagt das Unternehmen auf Schadenersatz gegen die beteiligten mosambikanischen Unternehmen. Zur Erinnerung: Zwei ehemalige Manager von Prinvest, Verkaufsleiter Jean Boustani sowie Finanzchef Najib Allam, werden in den USA ebenfalls beschuldigt, Teil des Korruptionsnetzes gewesen zu sein. Boustani steht unter Verdacht, eine führende Rolle bei der Organisation der korrupten Zahlungen innegehabt zu haben. Es wäre mehr als skandalös, wenn in der Schweiz einzig ein Verfahren gegen mosambikanische Unternehmen angestossen würde – und keines gegen die Verantwortlichen des Kreditkandals. ■

Mosambik und Vitol – wer profitiert vom Erdgas?

Anfangs September liess eine Meldung aufhorchen: Die staatliche Öl- und Gasgesellschaft Empresa Nacional de Hidrocarburos, kurz: ENH, schliesst sich in einem Joint Venture namens ENH Energy Trading mit der Genfer Rohstoffhändlerin Vitol SA zusammen. Das neue Unternehmen mit Sitz in Singapur soll für die Vermarktung eines Teils der riesigen mosambikanischen Erdgasvorkommen besorgt sein. Das Staatsunternehmen soll 51 Prozent der Anteile am Joint Venture halten, Vitol den Rest. Schätzungen zufolge verfügt Mosambik über das drittgrösste Erdgasvorkommen Afrikas und könnte zum weltweit sechstgrössten Erdgasproduzenten aufsteigen. Nachdem ein Grossteil der Konzessionen für die Erdgasförderung schon an ausländische Unternehmen (Total SA und Exxon Mobil) verkauft worden ist, versucht Mosambik nun also mithilfe von Vitol, einen Teil vom (eigenen) Kuchen zu erhalten. Angesichts der gebeutelten Staatsfinanzen nach dem CS-Debakel und der fragilen politischen Situation in Mosambik stellt sich die dringende Frage, ob das Land tatsächlich von der Allianz mit der mit allen Wassern gewaschenen Partnerin Vitol profitieren und Erträge aus seinen Erdgasvorkommen erzielen wird. Die Vorzeichen deuten momentan leider eher auf einen weiteren Fall des klassischen Rohstofffluchs hin als auf einen Segen für die Bevölkerung.



Sinnvolle Geschenke

Sind sie auf der Suche nach einem Geschenk, das nicht gleich in einer Schublade verschwindet? Dann machen Sie jemandem, den Sie mögen, eine Freude!

Mit einer Geschenkmitgliedschaft bei Public Eye!

Verschenken Sie eine reguläre Mitgliedschaft für 75 Franken oder eine Jugendmitgliedschaft (bis 27 Jahre) für 30 Franken. Die oder der von Ihnen Beschenkte erhält fünfmal pro Jahr die neuste Ausgabe unseres Magazins mit exklusiven Recherchen und informativen Reportagen. Unsere Mitglieder sind die Basis für unsere Arbeit. Je mehr wir sind, desto eher führt unsere Arbeit zu Verbesserungen.

Sie wollen tief in eines der Public-Eye-Kernthemen, den Rohstoffhandel, eintauchen? Dann empfehlen wir Ihnen den Comicroman «Salzhunger» des Zürcher Comiczeichners Matthias Gnehm. Der Thriller handelt vom Kampf gegen einen Rohstoffriesen in der nigerianischen Megacity Lagos. Unser Fazit: sehr spannend und nahe an der Realität.

Das ist Ihnen zu schwere Kost für die Weihnachtszeit? Auch für Sie haben wir etwas. Leisten Sie sich das Buch «Gemüseküche für Herbst und Winter» der Köchin, Pflanzenfachfrau und Erfolgsautorin Meret Bissegger mit über 150 Rezepten für teils ganz leichte Gerichte.

Und das ist noch nicht alles!

Wofür Sie sich auch entscheiden: Zu jedem Geschenk erhalten Sie gratis einen zeitlosen Gymbag von Public Eye mit dazu.

www.publiceye.ch/schenken

Frohe Festtage!

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) www.facebook.com/publiceye.ch [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye